

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Gebühr auf Bargeld einführen!

**Pausenlos tickt die Schuldenuhr
Niedrigzinspolitik bedingt Abschöpfung ökonomischer Renten
Negativzinsen sind der richtige Weg**

Liebe Leserinnen und Leser,

Zwei aktuelle Studien passen zusammen wie Topf und Deckel: Mitte Januar stellte die Entwicklungsorganisation Oxfam im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos eine schockierende Zunahme sozialer Ungleichheit fest. In ihrem Hintergrundpapier zum Reichtum steht, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung 48 Prozent des globalen Vermögens besitzt. Die restlichen 52 Prozent gehören zum Großteil Personen aus der Gruppe der reichsten 20 Prozent, so dass für 80 Prozent der Weltbevölkerung nur 5,5 Prozent des Vermögens übrig bleiben. Bei anhaltendem Trend wird das reichste Prozent der Weltbevölkerung bereits 2016 mehr als die Hälfte des Weltvermögens besitzen.

(<http://www.oxfam.org/en/research/wealth-having-it-all-and-wanting-more>)

Anfang Februar wurde dann eine McKinsey-Studie veröffentlicht, der zufolge sich seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 die weltweiten Schulden drastisch erhöht haben. Endlich wurde hier einmal die Gesamtverschuldung in den Blick genommen, wie Helmut Creutz das für Deutschland schon seit den 1980ern gemacht hat. Die alleinige Konzentration auf die Staatsschulden greift zu kurz, wie wir in Europa gerade vorgeführt bekommen. Nimmt man die Schulden der Unternehmen und Haushalte hinzu, so beliefen sich die weltweiten Kredite im Jahr 2007 auf 142 Billionen Dollar und im zweiten Quartal 2014 bereits auf nahezu 200 Billionen Dollar. Mit diesem Extremwachstum konnte natürlich auch die Wirtschaftsleistung nicht mithalten, so dass die globale Schuldenquote von 269 Prozent im Jahr 2007 auf 286 Prozent 2014 angestiegen ist. (http://www.mckinsey.com/insights/economic_studies/debt_and_not_much_deleveraging)

Oxfam zufolge konnten die reichsten 80 Menschen dieser Welt ihr Vermögen seit

2009 fast verdoppeln! Die Umverteilung von unten nach oben hat sich also seit Einsetzen der Niedrigzinspolitik noch verschärft. Warum? Zum einen bleiben die Zinsströme in absoluten Zahlen auch bei prozentualen Zinssenkungen noch gigantisch genug, um die Umverteilung weiter voranzutreiben. Zum anderen fließen die ökonomischen Renten (vor allem) aus Boden und Ressourcen auch bei Niedrigzinsen weiter – und zwar in die Kassen der Minderheit, die sich »Eigentümer« nennen darf.

Dirk Löhr zeigt auf S. 9ff auf, dass wir dringender denn je diese ökonomischen Renten abschöpfen müssen. Erst dann können die Negativzinsen, mit denen die Notenbanken erfreulicherweise immer mehr experimentieren, ihre volle positive Wirkung entfalten. Voraussetzung dafür ist aber auch eine Gebühr auf Bargeld, wie Marco Lustenberger auf S. 6f argumentiert.

Was lernen wir aus diesem Heft?: Ab in die Küche – und raus auf die Straße mit Töpfen und Pfannen! Oder, wenn Sie anders Einfluss nehmen können, nutzen Sie diesen, um unseren Geld- und Bodenreform-Ideen bald zur Durchsetzung zu verhelfen.

Es grüßt Sie



Beate Bodt

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Reinhold Harringer:
Pausenlos tickt die Schuldenuhr ...
- 6 Marco Lustenberger:
Negativzinsen sind der richtige Weg
- 8 Dirk Löhr: Niedrigzinspolitik der EZB
- 14 Walter Hanschitz-Jandl:
Erinnerung an Bernard Maris
- 16 INWO Deutschland
- 18 INWO Schweiz
- 20 Buchvorstellungen
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Termine Deutschland

Impressum

FAIRCONOMY 11. Jahrgang, Nr. 1 März 2015, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 420 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis:

Titelseite: © Kurt Michel & q. pictures / pixelio.de, design-angel;
Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Martin Kraft / photo.martinkraft.com; 4: © www.dasdenkeichduessel-dorf.wordpress.com / pixelio.de; 6+7: © Martin Abegglen / flickr.com; 8: © B. Wylezich / fotolia.com; 9+10+12: © Dirk Löhr; 11: © Günter Hommes / pixelio.de; 13: © Rawpixel / fotolia.com, cvp-design; 16+17: © Vlado Plaga / INWO; 19: © pedro ribeiro simoes / flickr.com; 23: © Joss / PIXELIO.de; 24: © Craig Sunter / flickr.com

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Pausenlos tickt die Schuldenuhr ...

In den letzten Jahrzehnten sind nicht nur die Schulden kontinuierlich angestiegen, auch der Zeitdruck hat zugenommen, das gesellschaftliche Leben hat sich beschleunigt. Ist das nur Zufall oder stehen die beiden Größen in einem Zusammenhang? Negativzinsen und eine Reform der Geldschöpfung können Abhilfe schaffen, meint Reinhold Harringer.



Die Schuldenuhr beim Bund der Steuerzahler in Wiesbaden zeigt lediglich die Staatsverschuldung in Deutschland (hier am 11. Mai 2014 um 16.01 Uhr), die privaten Schulden werden nicht angezeigt.

einfache Sachverhalt in der öffentlichen Diskussion weitgehend ausgeklammert wird. Ist die pausenlos tickende Schuldenuhr nur Symbol und Abbild einer Entwicklung oder ist sie nicht mehr als das, nämlich das Abbild einer der *Ursachen* für die aktuelle Hektik? Inwieweit zwingen die Schulden zu einem Wachstum, welches sich in den saturierten Gesellschaften schon längst nicht mehr mit der Deckung lebensnotwendiger Bedürfnisse begründen lässt?

Die Finanzkrise 2008 hat gezeigt, wie verletzlich und fragwürdig das ganze Finanzsystem ist. Erstaunlicherweise wurde diese Krise nur von einigen wenigen traditionellen Ökonomen vorausgesagt. Im Nachhinein wurden dann die verschiedensten Theorien und Erklärungen angeboten: Gier der Manager, zu wenig Eigenkapital der Banken, falsche Geldpolitik der Notenbanken usw. Klarheit hat diese Diskussion bisher nicht gebracht.

Immer schneller im Hamsterrad

Szenenwechsel: In der Türkei verlieren Anfang 2014 in einem Grubenunglück mehr als 300 Bergarbeiter ihr Leben. Gemäss Zeitungsberichten waren die Sicherheitsvorkehrungen äusserst mangelhaft; dies sei darauf zurückzuführen, dass die Mine vor Jahren privatisiert wurde, weil der neue Eigentümer dem Staat versprach, die Kohle zu einem Bruchteil des bisherigen Preises zu liefern.

Szenenwechsel: In Heimen und Spitälern verbringt das Pflegepersonal immer mehr Zeit mit administrativen Arbeiten. Unter dem Titel der Effizienzsteigerung und mit dem Ziel Kosten zu sparen, muss jede Tätigkeit statistisch erfasst und dokumentiert werden. Zielvorgaben und Fallpauschalen engen den Spielraum für Gespräche und menschliche Kontakte immer mehr ein.

»Selbstverständlich will niemand immer mehr Schulden – aber alle wollen immer mehr Vermögen. Wie soll das gehen?«

In vielen Städten der Welt ticken Schuldenuhren, pausenlos, Tag und Nacht, ohne Unterbruch, ob Sonnenschein oder Regenwetter. Sie ticken, unaufhaltsam, stetig. Diese Schuldenuhren zeigen den Stand der öffentlichen Schulden an und sollen den verantwortlichen Politikern und der Öffentlichkeit vor Augen halten, dass sie ihren Wohlstand zum Teil auf Kosten kommender Generationen geniessen. Schuldenuhren sollen deshalb ein schlechtes Gewissen erzeugen und letztlich zu einem anderen Verhalten führen. Aber warum gelingt dies nicht? Sind alle Politiker böswillig oder unfähig? Oder sind die ökonomischen Theorien, auf welche sich die Politiker stützen, falsch?

Zunächst ist festzustellen: Bei der ganzen Schuldendebatte wird übersehen, dass die private Verschuldung in vielen Ländern (und insbesondere in der Schweiz) noch grösser ist als die Staatsverschuldung. Das Schulden-thema ist also nicht nur eine Angelegenheit des Staates, sondern der ganzen Gesellschaft. Ausgeblendet wird auch, dass Geldschulden immer Geldvermögen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Wenn ein Staat oder ein Privater Schulden hat, so gibt es immer jemanden, der in gleicher Höhe eine Forderung, ein entsprechendes Geldvermögen hat. Selbstverständlich will niemand immer mehr Schulden – aber alle wollen immer mehr Vermögen. Wie soll das gehen? Es ist unverständlich, dass dieser

Szenenwechsel: Von Mitarbeitern wird – zwar selten formell, aber de facto halt doch – erwartet, dass sie auch in der Freizeit und oft sogar in den Ferien ihre Mails bearbeiten. Die dauernde Erreichbarkeit wird zur Pflicht. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz und um sich ja nicht entbehrlich zu machen, kommen die meisten dieser »Pflicht« auch nach.

Was haben all diese Entwicklungen mit der Schuldenuhr zu tun? Oberflächlich betrachtet nicht sehr viel. Schaut man aber genauer hin, so ergeben sich interessante Verbindungen. Ohne Zweifel gibt es viele und verschiedene »Treiber der Beschleunigung«. Vordergründig und offensichtlich spielen die technologischen Entwicklungen, insbesondere die neuen Informationstechnologien, eine ganz zentrale Rolle. Im Hintergrund sind aber andere Faktoren mitbeteiligt. Fritz Reheis nennt z.B. die Macht der Gene und die abnehmende Bedeutung der Religion. Entscheidend ist für ihn aber die Masslosigkeit von Geld und Kapital. Er greift dabei auf Aristoteles zurück: »Solange Geld als Mittel verwendet werde, um Gebrauchswerte einzutauschen, sei das Geld nicht nur harmlos, sondern auch hilfreich, weil es den Tausch erleichtere. Wenn hingegen Geld zum Selbstzweck werde, wenn Geld ausgegeben werde, um dafür mehr Geld einzunehmen, wenn Geld also gegen Zinsen – oder heute auch Dividenden – verliehen werde, dann verändere sich dabei sein Charakter ... Das Geld mache die Menschen masslos und unglücklich.«¹ Dieser Feststellung ist auch nach über 2000 Jahren nichts beizufügen.

Geld und Beschleunigung

In einem aktuellen Bericht des Club of Rome kommt Dennis Meadows zu einem Eingeständnis, das in dieser Klarheit überrascht: »Inzwischen weiss ich, dass das vorherrschende Finanzsystem in fünffacher Hinsicht mit Nachhaltigkeit nicht zu vereinbaren ist: es

»Die Auffassung, dass Zinsen unter allen Umständen immer positiv sein müssten, wird sich vermutlich nicht mehr lange aufrechterhalten lassen.«

bewirkt in der Wirtschaft Zyklen von Boom und Bankrott, es erzeugt ein kurzfristiges Denken, es erfordert ein Wachstum ohne Ende, es konzentriert den Reichtum und es vernichtet Sozialkapital.«²

Diese Erkenntnisse basieren weitgehend auf den Büchern von Bernard Lietaer; aber auch H.C. Binswanger kam bezüglich des Wachstumszwangs zu ähnlichen Schlussfolgerungen: »Der Wachstumsprozess muss immer weitergehen, denn wenn nicht immer eine neue Ausweitung der Geldmenge aufgrund neuer Investitionen erfolgt, die eine zusätzliche Nachfrage erzeugt, fällt die aus der letzten Investition nachrückende Angebotserhöhung sozusagen ins Leere.«³ Mit anderen Worten: Das Geldsystem muss wachsen oder es bricht zusammen.

Das kurzfristige Denken wird heute auf den Kapitalmärkten auf die Spitze getrieben: In Bruchteilen von Sekunden werden die meisten Börsengeschäfte von Computern abgeschlossen, Menschen sind da nur noch indirekt beteiligt. Der schnelle Gewinn ist das Ziel, nicht das Erbringen einer realen Leistung. Aber auch im übrigen Geschäftsleben hat dieses kurzfristige Denken Einzug gehalten: Quartalsabschlüsse sind üblich geworden und

auch Investoren in der Realwirtschaft unterliegen diesem kurzfristigen Denken: Durch die klassische Bewertung von Investitionsvorhaben durch die »Discounted Cash Flow«-Methode werden zukünftige Erträge auf den heutigen Zeitpunkt »abgezinst«, d.h. es wird berechnet, welchen Wert ein bestimmter, zukünftiger Ertrag heute hat. Mit jedem positiven Zins wird damit einer Grösse in der Zukunft ein geringerer Wert zugeordnet. Je höher der Zinssatz, desto geringer der aktuelle Wert. »Jeder rationale Investor ist durch das Zinsmerkmal unseres Geldes darauf programmiert, sich primär auf Kurzfristigkeit zu fokussieren.«⁴

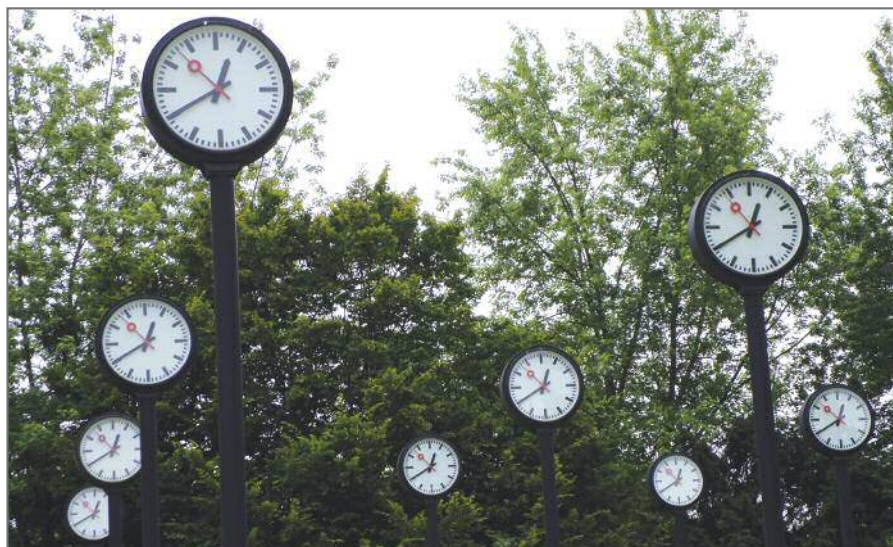
Negative Zinsen fördern Nachhaltigkeit

Darf man die Zukunft auf diese Weise entwerfen? Ist es möglich, unter dem heutigen Geldsystem dieser Überbewertung des Kurzfristigen überhaupt zu entfliehen? Lietaer schlägt daher ein anderes Währungssystem vor: »Würde eine andere Währungsart verwendet – mit einem negativen Zinssatz –, dann würden Gesellschaft und Wirtschaft ermutigt, längerfristige Chancen und Kosten zu bevorzugen. Diese Veränderung würde das gesamte Spektrum ökonomischen und ökologischen Handelns beeinflussen und direkt langfristige Nachhaltigkeit fördern.«⁵ Ähnliche Vorschläge machen auch Fritz Reheis und andere zinskritische Geldreformer wie Helmut Creutz, wenn sie Negativzinsen auf zurückgehaltenen Geldbeständen fordern.

Aus anderen Gründen – und bisher beschränkt auf Bankguthaben bei den Notenbanken – sind Negativzinsen bereits salonfähig geworden. Dabei gab es in der Geschichte immer wieder real negative Zinsen, nämlich immer dann, wenn die Inflationsrate über der nominellen Zinsrate lag. Die Auffassung, dass Zinsen unter allen Umständen immer positiv sein müssten, wird sich vermutlich nicht mehr lange aufrechterhalten lassen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil das Zinseszinsystem dem liberalen Leistungsgedanken widerspricht.

Auch wenn sich dessen die meisten Leute nicht bewusst sind: Zinskritiker weisen zu Recht darauf hin, dass in allen Gütern »graue Zinsen« in einer Grössenordnung von 20-40 % enthalten sind. Unter »grauen Zinsen« versteht man die in allen Produkten enthaltenen und über alle Produktionsstufen akkumulierten Zinskosten.⁶ Dies bedeutet, dass die meisten Leute rund ein Drittel ihrer Arbeitszeit zur Erarbeitung der Zinsen aufwenden müssen, welche dann in die Kassen der wenigen Netto-Gläubiger fliessen. Auch wenn der Zins und Zinseszins nicht der einzige Faktor ist, welcher zur zunehmenden Vermögenskonzentration beiträgt, so wirkt er doch machtvoll und stetig, über Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte. Die Hektik unserer pausenlosen Gesellschaft hängt also sehr eng mit unserem Geld- und Wirtschaftssystem zusammen, welches nicht

Uhren bestimmen unseren stressgeplagten Alltag. In Klaus Rinkes »Zeitfeld« im Düsseldorfer Volkspark beherrschen 24 große Bahnhofsuhren den Ausblick.



wie oft behauptet alternativlos ist, sondern gestaltet werden kann.

Reform der Geldschöpfung

Eine weitere aktuelle (und gleichzeitig eine seit rund 70 Jahren andauernde) Diskussion dreht sich um das Primat der Geldschöpfung: Ist das Geld als eine der zentralen Infrastrukturen einer Wirtschaft eine öffentliche Sache, die ausschliesslich vom Staat hergestellt werden soll, oder ist es sinnvoll, dieses Geld als »Mischform« aus dem Zusammenwirken von Staat und privatem Bankensystem entstehen zu lassen? Oder soll die Geldherstellung gar völlig privatisiert werden?⁷

In der Schweiz startete am 3. Juni 2014 die Unterschriftensammlung für eine eidgenössischen Volksinitiative mit dem Titel: »Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)«. Mit dieser Initiative, im Internet unter: www.vollgeld-initiative.ch, soll die Schöpfung des Buch- oder Giralgeldes, welches heute durch das private Bankensystem hergestellt wird und rund

»Würde eine andere Währungsart verwendet – mit einem negativen Zinssatz –, dann würden Gesellschaft und Wirtschaft ermutigt, längerfristige Chancen und Kosten zu bevorzugen.«
(Bernard Lietaer)

90 Prozent der Geldmenge ausmacht, der Nationalbank übertragen werden. So technisch dies tönen mag: Die Auswirkungen dieser Initiative wären nach Auffassung der Initianten sehr konkret und lägen im Interesse der Allgemeinheit:⁸

- Erstmals gäbe es damit ein Geld, welches vollständig und aus sich selbst heraus völlig sicher ist, da es sich letztlich um das Geld der Nationalbank – ähnlich den Noten und Münzen – handelt.

- Banken sollten nur noch Gelder verleihen, die ihnen von Dritten (als Eigenkapital oder Spareinlagen) dazu zur Verfügung gestellt werden, jedoch selbst keine Geldschöpfung betreiben. Mit der Entkoppelung und klaren Trennung von Geld und Kredit würde sich auch das Problem der prozyklischen Kreditgewährung der Banken lösen: Heute tendieren die Banken dazu, in der Hochkonjunktur zu viele Kredite (auch für Finanzspekulationen!) zu gewähren und im Abschwung die Rückzahlung von Krediten zu verlangen. Mit diesem System würde die Nationalbank erstmals wieder die Hoheit über die Entwicklung der Geldmenge erlangen und könnte so – sofern der politische Wille dafür besteht – eine Wachstumspolitik betreiben, welche auf ein gemässigt Wachstum ausgerichtet wäre. Im heutigen System ist dies nicht möglich, da die Nationalbank immer nur im Nachhinein auf Kreditvergaben der Banken reagieren kann und die Entscheidung über die Ausweitung der Geldmenge – auch für fragwürdige Geschäfte auf den Finanzmärkten – letztlich bei den Banken liegt.

- Mit dem Vollgeldsystem könnten der Staat und auch der private Sektor massiv entschuldet werden. Heute ist die Geldschöpfung immer mit dem Eingehen einer Schuld verbunden. Hinter jeder neuen 100er Note muss jemand stehen, der bereit ist, eine Schuld einzugehen. Werden Kredite zurückbezahlt, so reduziert sich auch die Geldmenge. Das soll in einem Vollgeld-System geändert werden: Geld soll ohne Kredit und damit schuld- und zinsfrei über öffentliche Ausgaben (oder als Bürgerdividende) entstehen. Dieser Mechanismus ermöglicht eine weitreichende Entschuldung der Gesellschaft sowohl durch die laufende Ausgabe eines schuldfreien Geldes als auch durch die einmaligen Umstellungsgewinne.

Selbstredend löst auch eine Vollgeldreform nicht alle Probleme und der Einwand von Bernard Lietaer trifft zu: »Zwar reduziert der Chicago Plan (ein historischer Vorläufer der Vollgeld-Idee, R.H.) die Möglichkeit künftiger Bankzusammenbrüche dramatisch und löst alle Staatsschuldenkrisen im Handumdrehen, aber ersetzt nur ein privates Monopol durch ein öffentliches. Und damit kommen wir dem benötigten monetären Ökosystem keinen Schritt näher.«⁹ Lietaer übersieht dabei aber,



Pause bitte! – Der Ruf entspricht einem Bedürfnis. Vielen spricht er aus der Seele, bei anderen provoziert er Widerspruch. Die Zeit rast! Nur der Zeitgeist rast noch schneller. Rasen Sie mit? Wenn nicht, dann ist dieses Buch das Richtige für Sie. Wenn doch, dann erst recht. Die profilierte Mentorin und Kommunikationsfachfrau Ilse Oehler hat eingeladen, einen Moment lang innezuhalten, Pause zu machen und genau hierzu, zum Thema Pause, Gedanken auszutauschen. Namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft sind der Einladung gefolgt. Wieviel Pause braucht der Mensch? Haben wir das Pausieren verlernt? Und wo sollten wir als Gesellschaft eine Pause einlegen? Eine wichtige Debatte, die gerade erst begonnen hat.

Pause bitte. Und dann ein Neuanfang.
Herausgegeben von Ilse Oehler. Somedia Buchverlag Edition Rüegger 2014. 157 S., ISBN-10: 372531022X ISBN-13: 978-3725310227

dass durch die zinslose Geldbasis, durch die Entschuldung der Gesellschaft, durch einen erstmals steuerbaren Wachstumspfad und letztlich auch durch eine gerechtere Einkommensverteilung einige der aktuellen Probleme entschärft werden könnten.

Obwohl die Vollgeldreform keine Zinskritik beinhaltet, würde sie dennoch zu einer massiven Entlastung breiter Bevölkerungskreise führen. Die Schuldenuhr käme zwar nicht ganz zum Stehen, aber sie würde langsamer ticken. ■

Bei diesem Text handelt es sich um die gekürzte, leicht bearbeitete Fassung des Beitrags von Reinhold Harringer zum Sammelband »Pause bitte« (siehe oben).



Reinhold Harringer, Dr. oec., geb. 1950, Studium der Volkswirtschaftslehre an der HSG St.Gallen. War 22 Jahre Leiter des Finanzamtes (Kämmerer) der Stadt St. Gallen. Mitbegründer der Zeitbörse Bevel St. Gallen, Präsident der Stiftung Zeitvorsorge St. Gallen, Mitglied des Komitees der Vollgeldinitiative.

1 Fritz Reheis, Entschleunigung, Abschied vom Turbokapitalismus, München 2003, S. 109 f, S. 119

2 Bernard Lietaer, Christian Arnspurger, Sally Goerner und Stefan Brunnhuber, Geld und Nachhaltigkeit, Von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem, Ein Bericht des Club of Rome, Wien/Berlin/München 2013, S. 19

3 H.C. Binswanger, Vorwärts zur Mässigung, Hamburg 2009, S. 21

4 Bernard Lietaer, a.a.O., S. 166

5 Bernard Lietaer, a.a.O., S. 167

6 Vgl. Helmut Creutz, Das Geldsyndrom, Wege zu einer krisenfreien Wirtschaft, 5. Auflage, Econ Verlag 2003

7 Joseph Huber, Monetäre Modernisierung, Zur Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative, 3. Auflage, Marburg 2013, S. 53 ff.

8 Dass es sich bei diesen Erwartungen nicht um unrealistische Hoffnungen der Initianten handelt, wird durch eine Studie des IMF bestätigt: Michael Kumhof / Jaromir Benes, The Chicago Plan Revisited, IMF Working Paper, August 2012

9 Bernard Lietaer a.a.O., S. 35

Negativzinsen sind der richtige Weg

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) trat am 15. Januar 2015 auf die Bremse und hörte auf, den Euro-Mindestkurs zum Franken mit Stützkäufen zu verteidigen. Gleichzeitig erhöhte sie den bereits im Dezember angekündigten Negativzins auf Einlagen auf -0,75 %. Was ist von diesen Maßnahmen zu halten, fragte Marco Lustenberger.

Schon John Maynard Keynes erklärte vor fast 100 Jahren: »Es gibt kein feineres und zuverlässigeres Mittel, um die bestehenden Grundlagen einer Gesellschaft umzustürzen, als durch die Zerrüttung ihrer Währung!« – Genau dies passiert in Europa (nicht nur hier) und wird sich durch die Entscheidung der EZB, durch sog. Quantitative Easing (QE) weiterhin massiv Liquidität in die Märkte zu schleusen, noch verschlimmern! Beim geplanten QE will die EZB die Geldmenge um gigantische 1.140 Milliarden Euro vermehren, indem sie Banken und Großinvestoren Staatsanleihen abkauft, in der Hoffnung, dass dadurch der Wirtschaft frisches Kapital zufließt.

Für geregelten Geldkreislauf sorgen

Zwar hat die extrem lockere Geldpolitik bislang eine noch schlimmere Rezession in Europa verhindert. Aber die Nebenwirkungen bringen neue Probleme. Statt ihre Bilanzen auszuweiten, sollten die Notenbanken lieber endlich für einen geregelten Geldkreislauf sorgen.

In den vergangenen Jahren sind Devisen im Wert von etwa 500 Mrd. Franken in den Besitz der SNB gelangt, etwa die Hälfte davon Euros. Innert einer Woche sank nun der Buchwert dieses Devisen-Vermögens um fast 100 Mrd.

»Die Zentralbanken müssen noch stärker in den negativen Bereich gehen. Das heißt jedoch, dass die Belastung unbedingt auch das Bargeld umfassen muss!«

Vor dem Hintergrund des kommenden QE-Programms der EZB ist der Schritt der SNB dennoch nachvollziehbar. Um den Mindestkurs zu verteidigen, hätte die SNB immer schwindelerregendere Euro-Beträge auf die Bilanz nehmen müssen, Hochrechnungen zufolge nochmals 100 Mrd. Franken allein im

Januar. So trat SNB-Präsident Thomas Jordan lieber auf die Bremse.

Auch nach der Aufgabe des Mindestkurses wehrt sich die SNB aktuell gegen die Überbewertung (?) des Franken durch weiteren Kauf von Euros (etwa 50 Mrd. seit Aufgabe des Mindestkurses, Stand Mitte Februar). Zusätzlich hat sie jedoch eine andere, vielversprechendere Maßnahme ergriffen: Durch

höhere Attraktivität des Geldes gegenüber den Waren neutralisieren.

Wir sehen heute schon, dass die von den Geschäftsbanken an die Halter großer liquider Geldbestände weitergereichten Einlagezinsen diese zwingen, ihr Geld anderswo anzulegen, auszugeben, zu investieren oder aber längerfristig festzulegen. Genau diese Effekte sind erwünscht!

Warum Geld KEIN neutrales Mittel ist

- Geld ist den Waren überlegen, da es weder verfault noch unmö- dern wird und weniger Lager- und Transportkosten verursacht.
- Geld ist universell für (fast) alles zu gebrauchen.
- Mit Geld kann man heute Geld machen – das geht mit keiner Ware.
- Der Geldbesitzer kann abwarten und erpressen.
- Der Geldbesitzer ist mächtig in der Gesellschaft, der Politik und den Medien.

Trotzdem ist Geld eine geniale Erfindung. Es müssen nur noch einige Konstruktionsfehler behoben werden.

einen »Negativzins« für das Parkieren von Überschuss-Liquidität der Banken bei der Nationalbank wird der Zustrom von noch mehr Kapital aus dem Euroraum abgewehrt. Denn die Banken beginnen nun ihrerseits, diese Mehrbelastung an Grosskunden weiterzugeben, was den Franken für Währungsspekulanten unattraktiver macht.

Warum auch nicht? Ist nicht diese Maßnahme vollkommen marktkonform, wenn zu viel Geld da ist? (Die Frage ist ja immer nur: bei wem?!)

Negativzinsen als Umsetzung der Ideen Gesells

Am Beispiel dieser negativen Einlagezinsen lassen sich auch die Überlegungen, die hinter Silvio Gesells Modell der »Natürlichen Wirtschaftsordnung« stehen, erklären. In einer Volkswirtschaft wird Geld als Vermittler zwischen Produktion und Konsumtion verwendet. Da aber Geld kein neutrales Mittel ist, sondern in vielen Fällen ein Eigenleben führt, kommt es zu Verwerfungen im Wirtschaftsleben und damit im Miteinander der Gesellschaft. Geld hat gegenüber Waren viele Vorteile – und diese Überlegenheit kann ihm durch Negativzinsen genommen werden! Solche künstlich auferlegten Kosten können die

Diese Maßnahmen müssen ausgebaut und von der Politik und Bankenaufsicht positiv flankiert werden, damit die daraus resultierenden Vorteile für das Wirtschaftsleben überall spürbar werden.

Bargeld einbeziehen!

Dazu müssten die Zentralbanken noch stärker in den negativen Bereich gehen. Das heißt jedoch, dass die Belastung unbedingt auch das Bargeld umfassen muss, sonst weichen die Geschäftsbanken wie auch andere Wirtschaftsteilnehmer ab einem bestimmten Punkt in die Bargeldhortung aus. In der Schweiz ist dieser Punkt durch die Anhebung des Negativzinses auf -0,75 % offenbar schon näher gerückt: Schon jetzt gibt es Erwägungen mehrerer Pensionskassen, Teile ihres Kapitals von den Banken abziehen und in bar zu deponieren.

Der US-Ökonom Miles Kimball von der Universität Michigan, ein Vordenker, der während der Finanzkrise Negativzinsen von -4 % für angemessen hielt, meint: »Wenn die Leute sicher sind, dass die SNB nichts unternimmt gegen den Profit durch das Lagern von Bargeld, dann ist die Fähigkeit der Nationalbank, Negativzinsen zu setzen, stark beeinträchtigt. Die SNB hat den Rubikon schon

überschritten: Sie muss zusätzliche Dinge tun, um das massive Lagern von Papiergeld zu verhindern.«

Er hat der SNB geraten, eine Einlagegebühr für Bargeld einzuführen. »Im jetzigen Umfeld wäre es angemessen, zu sagen: Wir sehen Anzeichen, dass immer mehr Banknoten bezogen werden, und wir wollen das verhindern. Wir werden die Arbitrage zu den Negativzinsen auf Einlagen verhindern, indem wir eine stetig steigende Einlagegebühr auf Papiergeld einführen. Wenn Banken das Bargeld bei der SNB einzahlen wollen, müssen sie diese Gebühr bezahlen. Ich sehe keinen Grund, warum die SNB eine solche Massnahme nicht rechtfertigen könnte. Den Frankenunterkurs aufzugeben, war viel umstrittener.« Eine solche Gebühr sollte für normale Haushalte, die Bares nur abheben, um damit für Güter und Dienstleistungen zu bezahlen, kein Problem darstellen, betont Kimball. (<http://www.fuw.ch/article/snb-sollte-gebühr-auf-bargeld-einführen/>)

Zinsen und Inflation ablösen

Solche Vorschläge sind zukunftsweisend! Bislang wurde in den Mechanismus von Angebot und Nachfrage mittels Inflation (Peitsche) und Zinsen (Belohnung) eingegriffen. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass diese Reguliermechanismen immer Gewinner und Verlierer generieren und Wirtschaftswachstum notwendig machen. Wenn jedoch mit einer Gebühr auf liquide Mittel (Negativzinsen) diese unzulänglichen Mechanismen unnötig würden, könnte auch der Wachstumszwang wegfallen und endlich die Wirtschaft des »Immer Mehr« in eine des »Genug für Alle« überführt werden.

Bei stabiler Kaufkraft müssten die Arbeitnehmer nicht mehr wegen der Teuerung um Lohn-erhöhungen kämpfen, die Renten nicht ständig durch Zins und Zinseszins oder andere

»Statt quantitative Lockerung zu betreiben, sollten die Zentralbanken dieser Welt dringend Techniken für Geldhaltegebühren auch beim Bargeld in die Praxis umsetzen.«

Renditen aufgebessert werden, um den Inflationsverlust bis zur Rente auszugleichen. Aufgrund der dann möglichen weiteren Reduktion der Zinsen würden allmählich viele

Wie Geld ein neutrales Mittel werden kann

Negativzinsen auf Guthaben sind technisch kein Problem. Doch wie könnte eine Umlaufsicherung auf Bargeld gestaltet werden?

- Eine Möglichkeit wäre der Verruf von Seriennummern bei Banknoten, zu-vorderst bei den 1.000-Franken- oder 500-Euro-Scheinen, die sich beson-ders gut zur Hortung oder für Schwarzgeldkassen eignen. Der Nennwert dieser Scheine würde bei Einzahlung in der Bank abzüglich Gebühr auf dem persönlichen Konto gutgeschrieben und dann physisch zur Entwertung an die Notenbank zurückgeleitet.
- Beim heutigen Stand der Technik wäre auch die Ausgabe von Noten mit ei-nem Chip mit Herstellungsdatum denkbar. Lesegeräte (z.B. in der Arm-banduhr) könnten den aktuellen Wert feststellen. Auch in Geschäften und Hotels würde die Technik entsprechend umgerüstet.
- Einen weiteren Vorschlag hat Thomas Seltmann in der Zeitschrift Humane Wirtschaft gemacht: http://www.thomas-seltmann.de/files/2010-02_Banknoten_Seltmann_HW.pdf
- Möglicherweise reicht sogar die von Miles Kimball vorgeschlagene Einla-gegebühr für Bargeld bei der Notenbank, da sie sich auf die Wirt-schaftsakteure übertragen würde.
- Und selbst die von Kenneth Rogoff e.a. vorgeschlagene Abschaffung des Bargelds sollte diskutiert werden, werden. Handy-Bezahlsysteme mit der Funktechnologie NFC verbreiten sich immer mehr.

Voraussetzung sollte immer sein, dass eine komplette Überwachung unseres Kaufverhaltens ausgeschlossen bleibt. Bargeld ist immer mit einem Gefühl von Freiheit, Selbstbestimmung und Anonymität in dieser Welt verbunden. Der »glä-serne Mensch«, von dem alles bekannt ist, kann nicht Ziel der Geldreform sein.

Investitionen machbar, die heute wegen man-gelnder Rentabilität nicht ausgeführt werden. Statt quantitative Lockerung zu betreiben, sol-len die Zentralbanken dieser Welt also drin-gend Techniken für Geldhaltegebühren auch beim Bargeld in die Praxis umsetzen, damit endlich sämtliche Liquidität in ausreichender Höhe belastet werden kann. Dadurch können auch die langfristigen Zinsen weiter gesenkt und so eine weitere zinsbedingte Umverteil-ung von Arm nach Reich verhindert werden.

Wem nützt es?

Bedenkenswert ist immer die einfache Frage: »Qui bono?« (Wem nützt's?) Wenn erst die Zweckdienlichkeit einer solchen Maßnahme in Gänze erkannt wird, wird auch ihrer Realisation bald nichts mehr im Wege stehen. »Ei-ne wirklich gute Idee erkennt man daran, dass ihre Verwirklichung von vorneherein ausge-schlossen erscheint«, so Albert Einstein. Die Belastung von Liquidität durch Negativ-zinsen als künstliche Durchhaltekosten wäre vorteilhaft für:

- über 90 Prozent der Menschen, welche im jetzigen System zu den »Draufzahlern« ge-hören, nicht nur offensichtlich aufgrund zu zahlender Kreditzinsen, sondern auch ver-deckt durch die in Mieten und Preisen ent-haltenen Zinskosten, die ihre Zinseinnah-men meist um ein Vielfaches übersteigen,
- Unternehmer, welche sicher planen und kal-kulieren können,
- all jene, die heute unterbezahlt in nicht ren-diteträchtigen, zukünftig aber viel eher wirt-schaftlich zu betreibenden Bereichen tätig sind,

- den Staat, der sich mit der Zeit entschul-den und sich zukünftig wieder durch spru-delnde Steuereinnahmen finanzieren kann. Die Maßnahmen wären allerdings auch vor-teilhaft für die Vermögensbesitzer, die nicht Geld, sondern Boden und Ressourcen ihr Ei-gentum nennen, denn sie können daraus öko-nomische Renten beziehen. Solche leistungs-losen Einkommen müssten daher durch Än-derungen der Eigentumsordnung verhindert bzw. zugunsten der Allgemeinheit abge-schöpft werden. Boden könnte wieder in öf-fentliches Eigentum überführt und durch die Vergabe langfristiger Nutzungsrechte (wie Baurechtsverträge, in Deutschland: Erbpacht) einer sinnvollen Verwendung zugeführt wer-den.

Nachteilig sind Negativzinsen nur für jene fünf Prozent der Menschheit, welche im aktuellen Geldsystem Geld aus Geld machen, Speku-lanten, die mit Liquidität manipulieren, und Kriminelle, korruptionsanfällige Mitmenschen, deren Schwarzgeldkassen an Wert verlieren. Doch auch die Superreichen werden letztlich von einer gerechteren und damit friedliche-ren Welt profitieren und das gute Leben ge-meinsam mit allen anderen genießen, statt im Schweiß derer Angesichts.



Marco Lustenberger, Jg. 1948, war von 2000 bis 2006 Vorsitzender der INWO Schweiz. In seinem Berufsle-ben war er als Chemiarbei-ter, Außendienstmitarbeiter, Geschäftsführer, Trainer für Führungskräfte, Unternehmer und Ökologe tätig.

Niedrigzinspolitik der EZB:

Die gute Kraft, die Böses schafft?

Die Niedrigzinspolitik ist aus konjunktur- und verteilungspolitischer Sicht grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings sind die massiven Geldspritzen der EZB ein ungeeignetes Mittel, vielmehr bräuchte es eine Umlaufsicherung des Geldes. Generell gilt: Im Kontext einer Rentenökonomie kann eine Niedrigzinspolitik ihre an sich segensreichen Wirkungen nicht entfalten, so Dirk Lühr.



Unter den gegebenen Umständen landen die Geldspritzen der EZB nicht in der Realwirtschaft, sondern in der Finanzstratosphäre. So führt die Quantitative Lockerung zum Gegenteil des Erhofften.

Mario Draghi schießt nunmehr mit einer geldpolitischen »Bazooka«: Die Europäische Zentralbank (EZB) – so gab er am 22. Januar in einer Pressekonferenz bekannt – werde ein »erweitertes Anleihenkaufprogramm« starten, das neben dem bereits laufenden Ankauf von Unternehmensanleihen nun bald auch Schuldscheine europäischer Staaten umfassen wird. Die EZB beabsichtigt, von Anfang März 2015 bis mindestens Ende September 2016 jeden Monat Anleihen im Wert von 60 Milliarden Euro zu kaufen, rund 80 Prozent davon Staatsanleihen. Das Gesamtvolumen des Programms beträgt damit zunächst gut 1,1 Billionen Euro, rund 920 Milliarden Euro davon

sind Staatsanleihen. Mit diesen einschneidenden Maßnahmen möchte Draghi die drohende Deflationsgefahr bannen – im Dezember sanken die Verbraucherpreise erstmals seit 2009 leicht ab. Eine Deflation, so die Befürchtung, kann sich zu einer Abwärtsspirale entwickeln und außer Kontrolle geraten, mit entsprechenden Folgen für die Realwirtschaft.

Man kann das Pferd nur zur Tränke führen ...

Ob der lahmen Wirtschaft in den meisten südlichen Eurostaaten damit auf die Sprünge geholfen werden kann, ist freilich mehr als fraglich. Die internationalen Erfahrungen sind diesbezüglich sehr heterogen. Man kann –

so ein alter Ökonomenspruch – das Pferd mit solchen geldpolitischen Maßnahmen nur zur Tränke führen; zum Saufen zwingen kann man es nicht. Und einiges spricht dafür, dass das Pferd mittlerweile schon bis zum Hals im Wasser steht. Die geldpolitischen Maßnahmen Draghis könnten zwar die Basis für eine keynesianische Fiskalpolitik sein, um realwirtschaftliche Impulse zu geben. Den meisten Staaten fehlen hierfür jedoch die fiskalischen Spielräume – der Schuldenstand ist bei vielen ohnehin schon jetzt höher, als durch Maastricht & Co eigentlich erlaubt.

Maßnahmen wie eine Umlaufsicherungsgebühr auf Geld werden derzeit noch nicht angedacht – wenngleich die EZB mit den Einlagen für Geschäftsbanken schon leicht in

Jahr	Nominalwert festverzinslicher Wertpapiere (Mio. Euro)	Aktienkapital (in Mio. Euro)	
		Nennwert	Kurswert
2002	2.481.220	168.716	647.492
2013	3.145.329	171.741	1.432.658
Wertsteigerung in v.H.	26,77 %	1,79 %	121,26 %

Tabelle 1: Wert von Aktienkapital und von festverzinslichen Wertpapieren

den negativen Bereich gegangen ist.¹

Es wäre schön, wenn sich das Problem auf die konjunkturpolitische Wirkungslosigkeit der Geldspritzen beschränken würde. Möglicherweise führt die Geldpolitik der EZB jedoch sogar zum Gegenteil des Erhofften. Im Rahmen der Niedrigzinspolitik der EZB wurde nämlich mittlerweile aus Sicht der Kapitalanleger ein regelrechter »Anlagenotstand« vor allem bei festverzinslichen Anlagen herbeigeführt. Aus diesem Grunde wird immer mehr Geld aus der Realwirtschaft in rententragende Assets der »Finanzstratosphäre« abgelenkt.

Diese rententragenden Assets bestehen v.a. aus Land und Unternehmensanteilen, darunter vor allem Aktien, sowie aus entsprechenden Derivaten. Denn auch bei Zinsen nahe Null fließt aus der Nutzung von Land und natürlichen Ressourcen eine Bodenrente. In einigen Beiträgen² habe ich dargestellt, dass zumindest die Performance der besonders »leistungsfähigen« Unternehmen ebenfalls auf Renten aus Land, natürlichen Ressourcen, Patenten, Netzwerkeffekten etc. beruht. Produzentenrenten entstehen danach i.d.R. durch Privilegien gegenüber dem Grenzanbieter bei der Verwertung von Assets mit ähnlichen Eigenschaften wie Land. Produzentenrenten sind somit nichts anderes als eine besondere Form der Bodenrente und stellen auch in sog. »Wettbewerbsmärkten« den Kern des Unternehmensgewinnes dar.

In den betreffenden Beiträgen habe ich ebenfalls dargestellt, dass Eigenkapital im Durchschnitt der Unternehmen den Wert dieser »kritischen Assets« im Unternehmensvermögen widerspiegelt. Sowenig wie diese »kritischen Assets« (z.B. gute Standorte, Verfahrenspa-

tente etc.) beliebig vermehrbar sind, so wenig ist dies daher mit dem Eigenkapital der Fall – insoweit unterscheidet sich z.B. Aktien-

wicklung von Land und Unternehmensanteilen kein Zufall (wenngleich die Aktienmärkte »schärfer« auf Zinsänderungen reagieren als die vergleichsweise trägen Immobilienmärkte): Der Wert von Land »V« ergibt sich im einfachsten Fall (ermittelt als »ewige Rente«) näherungsweise aus den jährlichen Differentialrenten »R« (also den Bodenerträgen, die aufgrund von Vorteilen bezüglich Lage, Intensität und Qualität der Nutzung erzielt werden können), dividiert durch einen langfristigen Kapitalmarktzinssatz »i«, der um nutzungsspezifische Risikozuschläge »z« erhöht und um die voraussichtlichen durchschnittlichen Steigerungsraten der Bodenrenten »g« vermindert ist. Also: $V \approx R / (i + z - g)$.

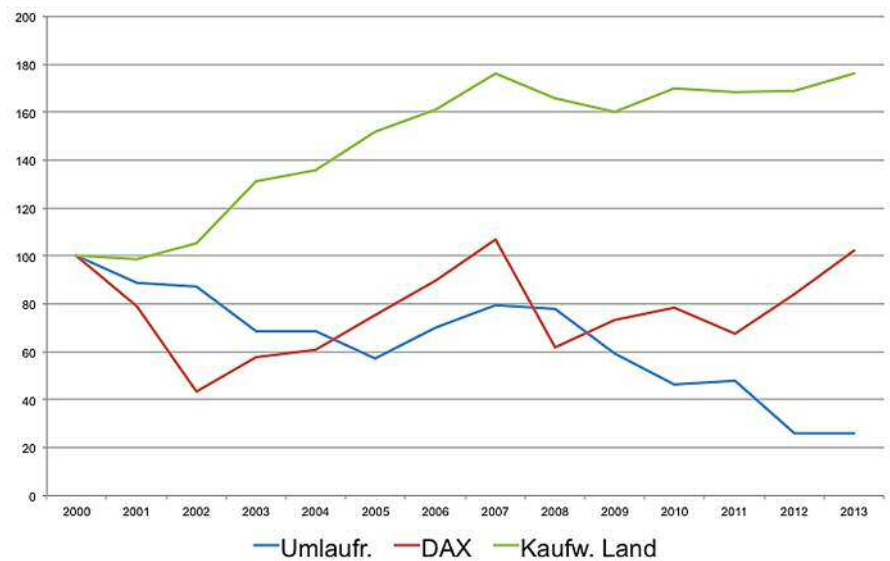


Abbildung 1: Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere, Entwicklung des DAX-Kurswertes und der Kaufwerte von Bauland (indexierte Werte, 2000 = 100)⁴

kapital maßgeblich von festverzinslichen Wertpapieren. Tabelle 1 illustriert, wie gering der Nennwert des Aktienkapitals im Vergleich zum Nominalwert festverzinslicher Wertpapiere ausgeweitet wurde – dafür schoss der Kurswert in die Höhe.

Profitable Unternehmensanteile sind – zumal sie zur Finanzierung von Land und ähnlichen Vermögenswerten (wie Patenten etc.) dienen³ – also genauso wenig wie Grund und Boden unbeschränkt vermehrbar. So ist auch der Gleichlauf zwischen der Wertent-

Beim Wert von Unternehmensanteilen verhält es sich im Prinzip genauso: Auch hier werden letztlich aus den Unternehmen fließende Renten abdiskontiert (nach Bereinigung von risikobezogenen Besonderheiten). Sinkt der Kapitalisierungszinssatz »i« ab oder steigen die Renten »R« an, werden Land wie Aktien im Wert immer weiter aufgeblasen.

Abbildung 1 illustriert die Entwicklung der Umlaufrenditen (als Indikator für den risikobereinigten Kapitalisierungszinssatz »i«), des DAX-Kurswertes sowie des Kaufwertes von

¹ Cœuré, B. (2014): Life below zero: Learning about negative interest rates, Frankfurt am Main, 9 September 2014. Online: <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2014/html/sp140909.en.html> (eingesehen: Februar 2015).

² Löhr, D. (2013): Prinzip Rentenökonomie – wenn Eigentum zu Diebstahl wird, Marburg.- Ders. (2014): The hidden rent-seeking capacity of corporations, in: International Journal of Social Economics, Vol. 41 Iss: 9, S. 820-836.- Ders. (2013): Equity and the hidden factor land: A hypothesis, in: Society and Business Review, Vol. 8 Iss: 2, S. 107-118.- Ders. (2013): Die bilanziellen Schatten der Rentenökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 176./177. Folge, April, S. 3-15.

³ Löhr, D. (2013): Prinzip Rentenökonomie, insbes. S. 110 ff.

⁴ Quellen: Statista (Entwicklung der durchschnittlichen Renditen festverzinslicher Wertpapiere in Deutschland von 2000 bis Dezember 2014); Statistisches Bundesamt (2014): Preise – Kaufwerte für Bauland, Fachserie 17, Reihe 5, 2. Vierteljahr, Wiesbaden 2014, S. 45; Deutsche Bundesbank: Zeitreihe BBK01.WU3140: DAX Kursindex / Basis: Ultimo 1987 = 1000 / Monatsendstand; online: http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makroökonomische_Zeitreihen/its_details_value_node.html?tsId=BBK01.WU3140 (eingesehen: Februar 2015).- Mit Absicht wurde hier nicht der Bodenpreisindex verwendet, sondern die Kaufwerte von Land. Diese sind anders als der Bodenpreisindex nicht geglättet bzw. um Struktureffekte bereinigt, zumal gerade die Letzteren die Dynamik auf dem Bodenmarkt abbilden. Ebenso wurde nur der DAX-Kurswert herangezogen, der keinen Performance-Indikator darstellt.

Bauland mit Bezug auf das Jahr 2000 (jeweils als Index berechnet). Dabei wird der Gleichlauf zwischen den Werten von Aktien und Land sowie der entgegengesetzte Verlauf zur Zinsentwicklung deutlich.

Hortung im weiteren Sinne

Die gegenläufige Entwicklung von Umlaufrenditen und Kurswerten indiziert, dass Geld aus der Realwirtschaft in die Finanzstratosphäre abgelenkt wird. Dies hat aber eine ähnliche Wirkung wie die klassische Hortung von Geld: Rein technisch sinkt die Geldumlaufgeschwindigkeit, die sich aus dem Quotienten von nominaler Wirtschaftsleistung (BIP, Volkseinkommen etc.) und Geldmengenaggregat (M1, M2 etc.) errechnen lässt. Christopher Mensching bezeichnete dies als »Hortung im weiteren Sinne«.⁵ Es spricht nämlich sehr Vieles dafür, dass gerade institutionelle Anleger das ihnen anvertraute Geld eben nicht unter die Matratze legen, sondern in die Finanzstratosphäre »schießen« – primär auf der Jagd nach ökonomischen Renten und Kursschwankungen. Wenn die Geldspritzen der EZB also gar nicht in der Realwirtschaft

Die bislang im kurzfristigen Bereich vagabundierenden Gelder würden in langfristige Anlagen gedrückt. Die Volatilität der Finanz-

»Von den seit Einführung des Euro sinkenden Zinsen profitierte nicht die arbeitende Bevölkerung. Stattdessen stiegen die ökonomischen Renten.«

märkte könnte so reduziert werden. Laut Manager Magazin Online erheben mittlerweile schon Depotbanken »Strafgebühren« und treffen somit Anleger, die beispielsweise kurzfristig in Aktienfonds investieren. In unruhigen Börsenzeiten halten offenbar manche Fondsmanager bis zu zehn Prozent der ihnen anvertrauten Gelder mit Blick auf die

Die Argumentation bislang lautete also, dass gerade wegen der niedrigen Zinsen ein erheblicher Teil der Geldspritzen gar nicht in der Realwirtschaft ankommt, sondern im Kurzfristbereich der Finanzstratosphäre landet. Die Anleger können dabei aber auf zweierlei aus sein: Entweder auf die laufenden Renditen (genauer Renten) oder aber auf Renditen, die über Kurssteigerungen generiert werden. Beides erzeugt eine Umverteilung, je nach Marktsituation kann diese jedoch stärker a. den Einkommens- oder b. den Vermögensbereich betreffen. Beides ist allerdings auch nicht immer klar zu trennen: Werden laufende Gewinne einer Aktiengesellschaft nicht ausgeschüttet, sondern thesauriert, steigt das Vermögen der Eigentümer. Die Einkommens- und Vermögensumverteilungseffekte laufen anscheinend zeitlich versetzt und zudem bezogen auf Raum und Wirtschaftsstruktur in unterschiedlicher Intensität ab.

Ad a. Gewinnsteigerungen und funktionale Einkommensverteilung

Niedrigere Zinsen (Faktor »Kapital«) können zu höheren Löhnen und Gehältern (Faktor »Arbeit«) oder aber zu höheren Gewinnen und Renten (Faktor »Boden«) führen. Wie oben erwähnt, besteht nämlich zumindest der Kern der Unternehmensgewinne der »High-performer« maßgeblich aus ökonomischen Renten. Diese stellen ein Residuum dar, das sich ergibt, wenn vom Einkommen die Kosten für Kapital und Arbeit in Abzug gebracht werden.

In der ricardianischen Betrachtung⁸ werden dabei die Löhne für unqualifizierte Arbeit in der raumwirtschaftlichen Peripherie, also im »Grenzland« (den neu aufgenommenen, »schwachen« EU-Ländern) bestimmt. Über Freizügigkeit innerhalb der EU, die Dienstleistungsrichtlinie etc. wird von dort aus auch ein entsprechender Druck auf die Löhne und Gehälter v.a. von wenig qualifizierten Arbeitnehmern in den raumwirtschaftlichen Zentren (z.B. Deutschland) entfaltet. Mit zunehmender Öffnung der Wirtschaft (Globalisierung) verschieben sich zudem die Grenzen der relevanten Wirtschaftsräume noch weiter hin zu Niedriglohnländern, auch außerhalb der EU. Hinzu kommen noch interne Faktoren wie z.B. die Hartz IV-, Leiharbeitsgesetze etc., mit denen die Arbeitsmärkte in den raumwirtschaftlichen Zentren wettbewerbsfähiger gemacht werden sollten. In den Zentren wer-

Jahr	2000	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014
U (M1)	100	103	94	85	83	63	55	51

Tabelle 2: Index der Umlaufgeschwindigkeit für M1 (bezogen auf das BIP, 2000 = 100)⁶

ankommen, sondern in der Finanzstratosphäre landen, kann die realwirtschaftliche Aktivität trotz steigender Assetpreise durchaus stagnieren oder gar abnehmen. Das säkularre Absinken der Geldumlaufgeschwindigkeit vor allem von M1 kann also einerseits als ein guter Indikator für die relative Bedeutungszunahme der Finanzstratosphäre gesehen werden. Der Umstand, dass die Umlaufgeschwindigkeit von M1 (siehe Tabelle 2) stärker zurückging als diejenige weiterer Aggregate deutet zudem darauf hin, dass die Geldspritzen der EZB vor allem den kurzfristigen Bereich der Finanzmärkte speisen. Dort wabern große Beträge auf der Suche nach kleinsten Renditen kreuz und quer und sorgen dort für Unruhe und hohe Volatilitäten.

Würde die EZB bei den Einlagezinsen für Geschäftsbanken noch deutlicher in den negativen Bereich gehen, hätte dies eine bisher leider zu wenig diskutierte positive Wirkung:

Möglichkeit einer jederzeitigen Umschichtung liquide – auf diese Gelder, die schnell Millionen ausmachen können, sind dann »Strafzinsen« zu zahlen.⁷ Die EZB hätte es also in der Hand, die Renditejagd im kurzfristigen Bereich weiter zu verteuern. Während eine Finanztransaktionssteuer nicht zwischen »guten« und »schlechten« Finanztransaktionen unterscheiden kann und beide gleichermaßen mit Kosten belastet, würde eine solche Liquiditätsgebühr ganz gezielt Anlagen im Kurzfristbereich »bestrafen«. Allein durch diese Maßnahme würde wieder mehr Geld aus der kurzfristigen Renditejagd der Finanzstratosphäre abgezogen und für die Realwirtschaft verfügbar gemacht – sofern sie nicht in Vermögenspreisblasen kanalisiert werden (s. unten).

Umverteilungsprogramm durch Niedrigzinspolitik

⁵ Mensching, C. (2004): Geldhortung als Nachfrageausfall in der Stromgrößensphäre, in Zeitschrift für Sozialökonomie 142, S. 24 ff. - Ähnliches vertritt schon seit Jahren Thomas Huth (2001) von der Universität Lüneburg: Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht – Ein Versuch über Keynes, Berlin. Ders. (2002): Zins und Wachstum, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 133/2002, S. 7-13. Ders. (2005): Die Quantitätstheorie des Geldes – eine keynesianische Reformulierung, in: Fragen der Freiheit 270, S. 25-36.

⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (2014): Monatsbericht 12, statistischer Teil, eigene Berechnungen.

⁷ O.V./Manager-Magazin (2014): Strafzinsen auf Spargbüchern und Girokonten »bald Normalität«, Manager-Magazin vom 2.11. Online: <http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/strafzinsen-auf-sparbuch-bald-normal-wer-spart-wird-bestaft-a-1000615.html> (eingesehen: Februar 2015).

⁸ Hierzu Löhr, D. / Harrison, F. (2013): Ricardo und die Troika – für die Einführung einer EU-Bodenwertabgabe, in: Wirtschaftsdienst Oktober 2013, Jg. 93, Heft 10, S. 702-709.

⁹ Dies sagt nichts über die Entwicklung der Lohnstückkosten aus; diese können sich gerade im Zentrum mit geringerer Dynamik als in der Peripherie bewegen.

den allerdings Aufschläge auf die Löhne und Gehälter von qualifizierter Arbeit bezahlt, die gerade hier vermehrt in Anspruch genommen wird. Zudem ist die Produktivität hier höher, was zumindest teilweise auch an die Lohnempfänger weitergegeben wird. Somit ist das Lohnniveau – wenngleich es von den Rändern der Peripherie unter Druck gerät – absolut höher als in der Peripherie.⁹ Konserviert wird dieser Zustand in der EU durch eine eingeschränkte Mobilität des Faktors Arbeit, die v.a. auf sprachliche und kulturelle Barrieren zurückzuführen ist.

Was die Zinsen angeht, so sollte sich eigentlich ebenfalls ein Ausgleich zwischen Zentrum und Peripherie ergeben; seitdem die Eurozone in eine Schieflage geraten ist, sind die Zinsen im raumwirtschaftlichen Zentrum (v.a. in Deutschland) aber deutlich geringer als in der Peripherie (Griechenland, Portugal etc.). Abbildung 2 (nächste Seite) stellt vor diesem Hintergrund dar, dass einerseits in den raumwirtschaftlichen Zentren (z.B. Deutschland) ein höheres Einkommen als in der Peripherie (z.B. Griechenland) erzielbar ist. In der Peripherie reicht es möglicherweise nur für die Erwirtschaftung der Kosten für Arbeit und Kapital, ein großes Residuum ist nicht mehr drin. Wegen der Unvollkommenheiten v.a. auf dem Arbeitsmarkt ist in Deutschland sowohl das Volkseinkommen pro Kopf als auch die Summe aus Arbeits- und Kapitaleinkommen zwar noch vergleichsweise höher als z.B. in Griechenland; allerdings besteht

ein latenter Druck auf Absenkung v.a. der Arbeitseinkommen. Die Einkommen der mobilen Faktoren Arbeit und Kapital (die zugleich

»Würde die EZB bei den Einlagezinsen für Geschäftsbanken noch deutlicher in den negativen Bereich gehen, hätte dies eine sehr positive Wirkung: Die bislang im kurzfristigen Bereich vagabundierenden Gelder würden in langfristige Anlagen gedrückt.«

Kosten darstellen) sind zusammengefasst und separat von den ökonomischen Renten dargestellt, die auf Land und ähnliche Vermögenswerte entfallen (und Residualeinkommen, also keine Kosten darstellen).

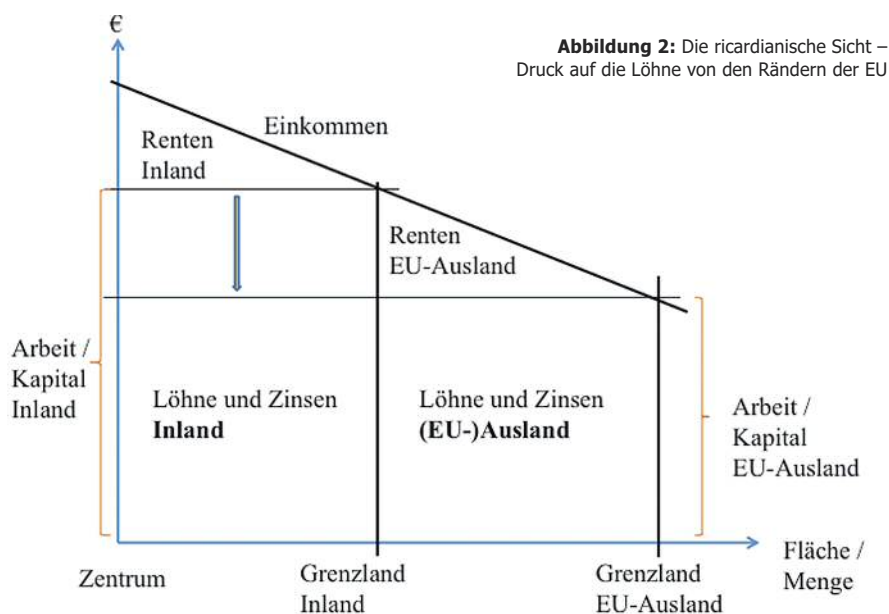
Vor dem Hintergrund von Abbildung 2 (nächste Seite) wird deutlich, warum trotz der permanent sinkenden Zinsen in den letzten 15

Jahren die Reallöhne in Deutschland nicht mehr anstiegen: Nach den Zahlen des Bundesfinanzministeriums sank die bereinigte Lohnquote von 72,8 % (2000) auf 68,1 % (2010) und 68,3 % (8/2013). Die unbereinigte Lohnquote entwickelte sich von 72,1 % (2000) auf 66,8 % (2010) auf 67,0 % (8/2013).¹⁰ Von den seit Einführung des Euro sinkenden Zinsen profitierte also in Deutschland nicht der Faktor Arbeit. Doch offenbar verlor auch das Kapital – hier verstanden als Geldvermögen ohne Unternehmensanteile¹¹: Die sinkende Entlohnung dieses Faktors (»Preiseffekt«) wurde offenbar nicht durch eine Steigerung des Volumens (»Mengeneffekt«) kompensiert. Stattdessen stiegen die ökonomischen Renten, was sich sowohl in den Gewinnen der Großunternehmen¹² wie auch in den Bodenrenten bemerkbar machte:

- Der Index für das operative Ergebnis nichtfinanzieller börsennotierter Großunternehmen (EBITDA) stieg von 100 (2005) auf 126 (2013) an (unterbrochen von einem Einbruch auf 92 während der Krise in 2009).¹³ Bei kleineren und mittleren Unternehmen dürfte der Ergebnisanstieg im Durchschnitt schwächer ausgefallen sein;
- Im Durchschnitt stiegen die Mieten für das gesamte Bundesgebiet von 100 (2005) auf 110 (2013).¹⁴ In Ballungsräumen fielen die Anstiege entsprechend stärker als in schwächer strukturierten Regionen aus.



Die wachsenden Geldmengen im kurzfristigen Bereich sorgen für hohe Volatilität und somit für Unruhe. In Zeiten niedriger Zinsen versuchen die Anleger, sich durch ein »Surfen« auf den sich herausbildenden Vermögenspreisblasen weiterhin möglichst hohe Renditen zu retten.



Der Umstand, dass bislang während der Niedrigzinsphase die Werte von Unternehmen und Boden vor allem wegen der wachsenden Gewinne und Bodenrente angestiegen sind, zeigt sich auch

- im Kurs-Gewinn-Verhältnis des Deutschen Aktienindex. Dieses ist zwar in den letzten Jahren gestiegen (das DAX-KGV hat sich leicht auf ca. 17 Ende 2014 erhöht), liegt aber immer noch in einem moderaten Bereich;¹⁵
- sowie in den Liegenschaftszinssätzen von Immobilien (die in grober Annäherung den Reinertrag von Immobilien ins Verhältnis zum Kaufpreis setzen, also eine Art »inverses KGV« für Immobilien darstellen): Der Index für den durchschnittlichen Liegenschaftszinssatz für Mehrfamilienhäuser lag 2005 bis 2010 bei 100 und sank erst danach bis auf 94,7 ab.¹⁶ Obwohl die Dynamik in Ballungsräumen ebenfalls stärker ausfällt, ist die durchschnittliche Entwicklung ebenfalls moderat.

Wie nach der ricardianischen Sichtweise zu erwarten, profitierten von der Niedrigzinsphase also v.a. die Bezieher ökonomischer

Renten, sei es in Gestalt von Unternehmensgewinnen oder unmittelbar als Bodenrenten. Das Geld, das seit geraumer Zeit in die Finanzstratosphäre gepumpt wurde, diente also bislang vor allem dazu, die im Zuge der Niedrigzinsphase gestiegenen ökonomischen Renten zu »kaufen«.

Ad b. Kurs- und Wertsteigerungen: Vermögensverteilung

Bei der Betrachtung der funktionellen Einkommensverteilung lautet also das Ergebnis, dass die ökonomischen Renten infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase sukzessive anstiegen. Hinsichtlich der Vermögensverteilung wird unten darzustellen sein, dass im Zuge der jüngsten Niedrigzinsphase ab ca. 2011 auch der Preis langsam anstieg, zu dem die entsprechenden Renten gehandelt wurden. Dies deutet auf eine einsetzende Aufblähung der Assets hin und hat zunehmend Auswirkungen auf die Vermögensverteilung. Werden im Zuge der niedrigen Zinsen Anlagen in Geldvermögen unattraktiv, zielen die Anleger zunehmend darauf ab, ihre Rendite

nicht mehr aus Zinsen und den laufenden ökonomischen Renten zu generieren, sondern durch ein Surfen auf den sich herausbildenden Vermögenspreisblasen. Doch das Aufblasen der Assetpreise heißt, dass immer mehr Ansprüche auf das in der Realwirtschaft erzeugte Sozialprodukt in die Finanzstratosphäre kanalisiert werden. Das Kennzeichen einer Vermögenspreisinflation ist dementsprechend, dass sich die Vermögensumverteilung mit höherer Geschwindigkeit als die Einkommensumverteilung vollzieht.

Interessant sind dabei auch Joseph Stiglitz' Aussagen¹⁷ hinsichtlich der Zusammensetzung der Assets: Während der normale »Mittelklassensparer« sein Geld eher in zinstragenden Investments hält (die kaum mehr Erträge erbringen), sind die Reichen und die Superreichen eben v.a. in rententragenden Assets (v.a. Unternehmensanteilen und Land) investiert. Hierbei ist wiederum v.a. die Rolle von institutionellen Investoren (Kapitalanlagegesellschaften, Investmentbanken etc.) von Bedeutung: So belegen u.a. die Zahlen der Deutschen Bundesbank, dass der größte Teil der deutschen DAX-Unternehmen von institutionellen Investoren gehalten wird; mehr als die Hälfte der Werte liegt dabei in ausländischen Händen.¹⁸ Die Anteile an den institutionellen Investoren und deren Sondervermögen wiederum gehören ebenfalls nicht primär dem »Normalsparer«. Wird die Finanzstratosphäre mit ihren rententragenden Assets im Vergleich zur Realwirtschaft immer größer, müssen die relativ wenigen Großeigentümer der rententragenden Assets relativ an Vermögen hinzugewinnen. Hält die Niedrigzinsphase an, dürfte dies also dazu führen, dass die im internationalen Vergleich ohnehin hohe Vermögensungleichheit in Deutschland (die u.a. einer vergleichsweise geringen Eigentumsquote bei Immobilien geschuldet ist) noch einen weiteren Schub erfährt.

Weitere Lastenverschiebungen

Zum Umverteilungsprogramm der Rentenökonomie gehört auch das Verschieben von

¹⁰ Bundesfinanzministerium (2015): Tabelle 4: Einkommensverteilung. Online:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2014/12/Inhalte/Kapitel-5-Statistiken/5-4-04-einkommensverteilung.html?view=renderPrint> (eingesehen: Februar 2015).

¹¹ Das vermehrbare Sachkapital auf der Aktivseite wird im Durchschnitt der Volkswirtschaft durch Geldkapital auf der Passivseite der Bilanz finanziert, die schwer vermehrbaren Werte (Patente, Boden etc.) durch Eigenkapital. Hierzu Löhr, D. (2013): Prinzip Rentenökonomie ..., a.a.O.

¹² Deutsche Bundesbank (2014): Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 9, S. 19-33, hier: S. 22.

¹³ Deutsche Bundesbank (2015), Tabelle BBDB1.A.DE.N.A.C.IFRS.B.A.K.E.E039.ABA.A. Online: http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makroökonomische_Zeitreihen/its_list_node.html?listId=www_s32b_guv_n_insg_a (eingesehen: Februar 2015).

¹⁴ Statista (2015): Wohnungsmietenindex für Deutschland bis 2014, eigene Berechnungen.

¹⁵ Deutsche Bundesbank (2014): Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt ..., a.a.O., S. 22.

¹⁶ Die Daten wurden von der Spengneter GmbH zur Verfügung gestellt.

¹⁷ Stiglitz, J. (2014): New Theoretical Perspectives on the Distribution of Income and Wealth Among Individuals. Online: <http://ineteconomics.org/institute-blog/new-theoretical-perspectives-distribution-income-and-wealth-among-individuals> (eingesehen: Februar 2015).

¹⁸ Deutsche Bundesbank (2014): Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt ..., a.a.O., S. 23-24.

¹⁹ O.V./FAZ (2015): So kauft die EZB, in: FAZ vom 22.1. Online: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/ezb-anleihekaufprogramm-die-wichtigsten-punkte-13385221.html> (eingesehen: Februar 2015).

²⁰ Löhr, D. (2013): Prinzip Rentenökonomie ..., a.a.O.



Zeit zum Umsteuern! Wir brauchen einen »Tax Shift«, weg von der Besteuerung der Leistungseinkommen, hin zu einer Abschöpfung der ökonomischen Renten.

Lasten auf eine schlecht organisierte Allgemeinheit. In Draghis Anleihekaufprogramm ist zwar die Haftung der einzelnen Länder zumindest auf dem Papier begrenzt.¹⁹ So sollen die nationalen Notenbanken vor allem

»Das Geld, das seit geraumer Zeit in die Finanzstratosphäre gepumpt wurde, diente bislang vor allem dazu, die im Zuge der Niedrigzinsphase gestiegenen ökonomischen Renten zu »kaufen«.«

Staatsanleihen ihres jeweiligen Landes kaufen. Nur für 20 % der Anleihen soll die gemeinsame Risikohaftung der Eurostaaten gelten. Doch die Zentralbanken werden nur dann in Schieflage geraten, wenn auch der betreffende Staat in einer Schieflage ist. Letzterer ist jedoch auch für die Eigenkapital-

ausstattung seiner Zentralbank zuständig. Und man wird einen Mitgliedsstaat nicht mit Mann und Maus untergehen lassen – hier springen die anderen Staaten bzw. deren Steuerzahler ein – allen voran die deutschen Steuerzahler. Die Haftungsbegrenzung kann also allenfalls Juristen beruhigen, aber keine Ökonomen.

Fazit: Die Kraft, die das Gute will, und doch das Böse schafft

Eigentlich ist die Niedrigzinspolitik ja aus konjunktur- und verteilungspolitischer Hinsicht zu begrüßen. Unter den gegebenen Umständen landen die Geldspritzen der EZB jedoch nicht in der Realwirtschaft, sondern in der Finanzstratosphäre. Es kommt zu »Hortung im erweiterten Sinne« (Christopher Mensching). Hier kann eine noch konsequentere Negativzinspolitik, die auch das Bargeld in die Belastung einbezieht, Linderung verschaffen: Sie könnte Geld gezielt aus kurzfristig orientierten Finanzanlagen weg- und in langfristige Anlagen hineintreiben, die letztlich der Realwirtschaft zugute kommen. Dann wären wir bei der freiwirtschaftlichen Geldreform. Allerdings: Unter den gegebenen Umständen würde dies künftig zu einer Blasenbildung führen und noch mehr Geld aus der Realwirtschaft in die Finanzstratosphäre ablenken. Dem muss durch eine Abschöpfung der öko-

nomischen Renten entgegengewirkt werden, um die es letztlich bei der Investition in Aktien und Immobilien geht. Diese Abschöpfung könnte über einen »Tax Shift« gelingen: Weg von einer Besteuerung der Leistungseinkommen und hin zu einer Abschöpfung der ökonomischen Renten.²⁰ Mit anderen angebotsseitigen Reformen wird man hingegen kaum weiterkommen. Diese laufen oftmals de facto auf weitere Reallohnsenkungen hinaus, und das ist das Letzte, was man derzeit braucht.

Im Kontext einer Rentenökonomie kann eine Niedrigzinspolitik ihre an sich segensreichen Wirkungen nicht entfalten. Sie wird zur Kraft, die »das Gute will, und doch das Böse schafft«. Nicht umsonst legte Silvio Gesell in seinem Hauptwerk so viel Gewicht auf eine Bodenreform.



Dirk Löhr, Jg. 1964, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Sprecher des Zentrums für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik, Steuerberater. E-Mail: d.loehr@umwelt-campus.de

»Wer ist der Reichste auf dem Friedhof?« – Erinnerung an Bernard Maris

Beim Attentat auf das französische Satiremagazin »Charlie Hebdo« am 7. Januar wurde auch der Ökonom, Journalist und Schriftsteller Bernard Maris getötet. Walter Hanschitz-Jandl erinnert an einen unbequemen Ökonomen, der wiederholt auf Silvio Gesell hingewiesen hat.

Maris, Jahrgang 1946, gehörte zur Redaktion des Satiereblattes und steuerte jede Woche als »Onkel Bernard« eine Kolumne zu ökonomischen Themen bei. Er war Professor an der Universität Paris VIII, lehrte ein Jahr an der Universität von Iowa und war seit 2011 Mitglied des französischen Zentralbankrats (»Conseil général« der Banque de France, vergleichbar dem Vorstand der Bundesbank) – ein Mitarbeiter von »Charlie Hebdo«! Das hat ihn amüsiert. Frankreichs Senatspräsidenten Jean-Pierre Bel hat es offenbar nicht so amüsiert, ihm die Ernennungsurkunde überreichen zu müssen. Maris war mit Sylvie Genevoix verheiratet, der Tochter des Schriftstellers Maurice Genevoix, die vor zwei Jahren starb.

Maris war Freimaurer, arbeitete für Attac, war erst in der Sozialistischen Partei, dann bei den Grünen, für die er 2002 auch kandidierte, wirkte mit in der »Französischen Vereinigung für Politische Ökonomie« AFEP. Zu seinen letzten Aktivitäten gehörte der Kampf in der AFEP für eine Sektion »Wirtschaft und Gesellschaft« im französischen Wissenschaftsministerium – der sich orthodoxe Ökonomen widersetzen, u. a. mit einer Streikdrohung. Maris »war präsent – und wie – auf dem Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre« (René Passet, Attac).

Maris hat für verschiedene Zeitungen geschrieben, trat häufig in Rundfunk und Fernsehen auf. Er war also nicht irgendein Namenloser aus dem Heer der Wirtschaftsprofessoren, sondern eine bekannte Persönlichkeit in Frankreich. 1995 wurde er von »Le Nouvel Économiste« als bester Ökonom ausgezeichnet.

Maris war als »linker« Ökonom einsortiert. Er war ein Kritiker des Kapitalismus, der Globalisierung, der Konsumgesellschaft, des Wachstums um jeden Preis, der Austeritätspolitik, wurde vom Euro-Befürworter zum Euro-Gegner, plädierte für eine teilweise öffentliche und private Entschuldung und ein existenzsicherndes Grundeinkommen, für weniger Arbeit.

Alle waren Charlie nach dem Attentat, aber »Nicht alle sind Bernard Maris«, wie die Zeitschrift »Marianne« titelte. Maris stand so ziemlich gegen alles, wofür die PolitikerInnen stehen, die nach den Attentaten beim »Marche Républicaine« am 11. Januar in der ersten Reihe marschierten, jedenfalls ein paar Meter weit.

Er schrieb zwei »Antihandbücher der Ökonomie«. Er war gewissermaßen »Anti-Experte« (Maris über Maris). Er nahm mit Humor, aber auch Polemik und Schärfe seine Ökonomen-Kollegen aufs Korn; die Ökonomie war für ihn keine Wissenschaft, sondern eine Religion. Die verschiedenen Schulen hielt er für Sekten, die von Gurus angeführt wurden. Die herrschende neoliberale Ideologie

»Der sinnlose Tod von Bernard Maris erinnert uns an unsere Pflicht, uns der Ungerechtigkeit zu widersetzen, und zuallererst derjenigen, die durch unsere Staaten, unsere Macht und unser Konsumverhalten hervorgerufen wird.«

Mario Pianta

war für ihn gegen die Demokratie gerichtet. Er beklagte die Manipulation der Menschen, die politische Manipulation und vor allem die »himmelschreiende« ökonomische Manipulation.

Er war ein Freund des Schriftstellers Michel Houellebecq, dessen Karikatur die Titelseite der Ausgabe von »Charlie Hebdo« zierte, die am Tag des Massakers erschien, genau wie dessen Buch »Unterwerfung«, in dem ein

Muslimbruder französischer Staatspräsident wird.

Maris schrieb ein Buch über »Houellebecq als Ökonom« (»Houellebecq économiste«). In seinem Werk sah er eine Sezierung der ökonomischen Krankheiten unserer Zeit. Er versäumte es nicht, einen Satz zu zitieren, den Houellebecq einer Ökonomie-Professorin in den Mund legt: »Ich habe mein Leben vergeudet, um karrieregeile Flachköpfe widersprüchliche Absurditäten zu lehren.« Kein Zweifel, dass das auch die Meinung von Maris über Ökonomie und Ökonomen war.

Ein Sympathisant des »schmelzenden Geldes«

Und er war ein Sympathisant des »schmelzenden Geldes« (»monnaie fondante«) von Silvio Gesell. – Also schon der zweite Franzose aus dem Inneren Kreis der Zentralbanken, der sich mit Gesell beschäftigte. Während aber Benoît Cœuré in seiner Rede vor der Geldmarkt-Kontaktgruppe der EZB am 9. September 2014 zwar Gesell zum Aufhänger dieser Rede machte, aber nicht wirklich erkennen ließ, wie er zur Idee Gesells steht, äußerte Maris seit Jahren seine Sympathie und regte zur Beschäftigung mit Gesell an. So schrieb er in einem Aufsatz über Keynes: »Die »Allgemeine Theorie« endet, sehr merkwürdig, mit einer Lobrede auf Silvio Gesell, den Theoretiker des »schmelzenden Geldes«, des Geldes, das den Austausch ermöglicht, aber keine Anhäufung erlaubt. Man stelle sich vor, so eine Frechheit!« (»Pourquoi lire Keynes aujourd'hui?«, in: Alternatives Économiques Nr. 183, Juli 2000)

In den vielen Nachrufen auf Maris, ist es Philippe Frémeaux, der an Maris' Wertschätzung für Gesell erinnert und auf die Bedeutung hinweist, die Maris dem Geld für eine friedliche Ordnung beimaß. Eine Bedeutung, die übrigens auch Keynes und Maurice Allais beschrieben.

»Über den Platz des Geldes im Kapitalismus nachzudenken, war also nicht nur eine Herausforderung in Begriffen der makro-ökonomischen Regulierung, sondern ging viel weiter, es führte zu der Frage nach ... den Bedingungen einer befriedeten Gesellschaft.«

(Philippe Frémeaux: »Adieu à Bernard Maris«, <http://www.alterecoplus.fr/nous-sommes-charlie/adieu-a-bernard-maris-201501081145-00000568.html>)

Kritiker besinnungsloser Akkumulation

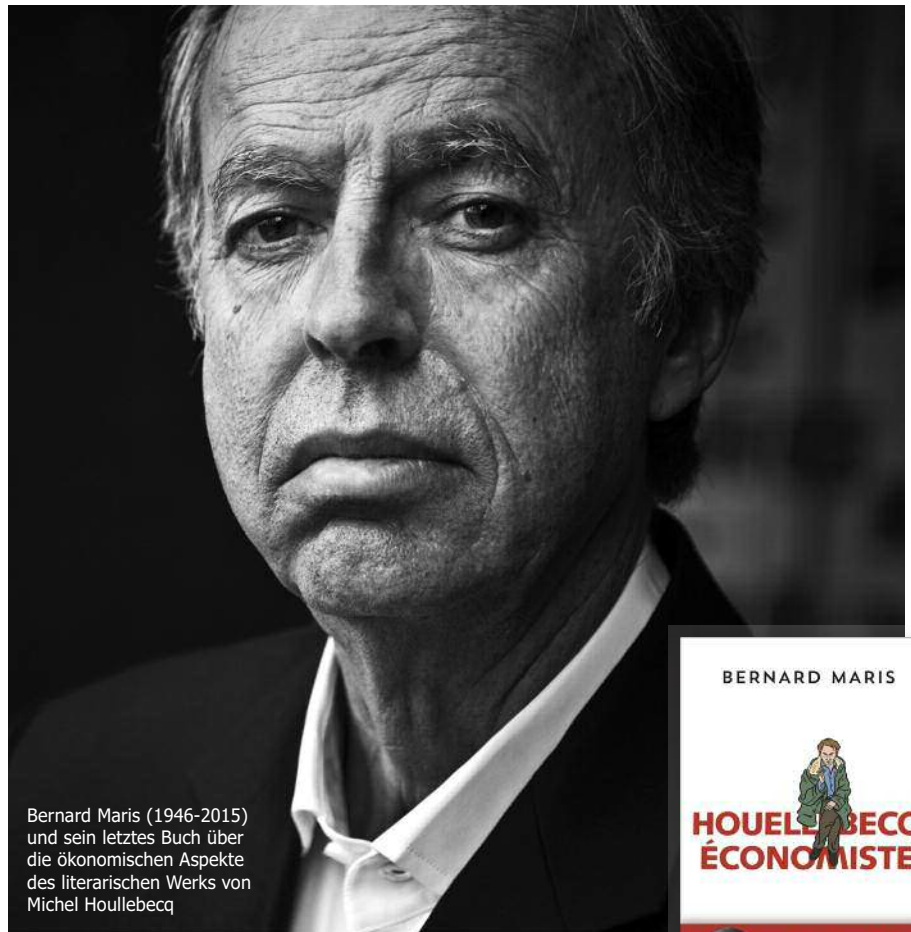
Eines der großen Themen von Maris war die Akkumulation von Geld und Reichtum, nach der die Menschen streben, eine Akkumulation, die irgendwann sinnlos wird, ein besinnungsloses Rennen darum, wie Max Weber sagte, »der Reichste auf dem Friedhof« zu sein. Das »schmelzende Geld« aber eignet sich nicht für die Akkumulation. Das faszinierte Maris offenbar.

Er war ein Anhänger von Keynes. Auch über ihn hat er ein Büchlein geschrieben. Sein Anliegen war es, die Ökonomie einem breiten Publikum nahezubringen. Keynes sei derjenige gewesen, der ihn vor der Depression bewahrte, in die ihn die orthodoxe Ökonomie stürzte, der ihm die Gewissheit gab, doch etwas Sinnvolles studiert zu haben, sagte Maris. Er dürfte ihn auch auf Gesell gebracht haben.

Dass Maris Keynes nicht auf einen Deficit-spending- und Multiplikator-Technokraten reduziert, sondern das Visionäre bei Keynes herausstellt, hebt ihn aus der Masse der Pseudo-Keynesianer heraus, die das geflissentlich übersehen. Keynes habe über den Kapitalismus hinaus gedacht, hebt Maris hervor. Der »sanfte Tod des Rentiers«, der einhergeht mit einer nicht mehr wachsenden Wirtschaft, das war es vor allem, was Maris an Keynes faszinierte.

Mit Gilles Dostaler zusammen schrieb er ein Buch »Capitalisme et Pulsion de Mort« (»Kapitalismus und Todestrieb«). Hier stellen die Autoren eine Verbindung her zwischen dem Todestrieb bei Sigmund Freud und dem »morbiden Verlangen nach Liquidität« bei Keynes. Auch in diesem Buch wird zweimal auf Gesell hingewiesen. Immer taucht Gesell im Zusammenhang mit dem »sanften Tod des Rentiers« auf, der für Keynes die einzige Möglichkeit sei, zu einer besseren Welt zu kommen, in der die Liebe zum Geld verschwunden ist.

Im Übrigen ist es ein Buch voller Pessimismus, und dieser Pessimismus über die Zukunft der Menschheit hat seinen Grund weniger in psychologischen Betrachtungen über destruktive Triebe, sondern immer wieder ist es der Blick auf China und Indien mit ihrem Bedarf an Ressourcen, der die Autoren schaudern lässt, während gleichzeitig der Westen nicht bereit ist, seine Ansprüche zu zügeln. Tatsächlich ist der einzige Hoffnungsschimmer in dem Werk der »sanfte Tod des Ren-



Bernard Maris (1946-2015) und sein letztes Buch über die ökonomischen Aspekte des literarischen Werks von Michel Houellebecq



tiers« und das Geld, das sich nicht für die Akkumulation eignet.

»Bei den großen Ereignissen erscheint das Geld als das was es ist, ein einfacher Schleier, nicht des friedlichen Austauschs, wie es die Ökonomen glauben, sondern der Gewalt und des Todes: in den Jahren 1914, 1929, 1940.« (Gilles Dostaler und Bernard Maris: Capitalisme et Pulsion de Mort)

Opfer von Terror, den er bekämpfte

Maris und Dostaler setzen sich auch mit dem Problem der ökonomischen Renten auseinander, kritisieren die Rohstoffrenten genauso wie die Renten, die aus der Monopolisierung von Wissen resultieren. Ihre Sympathie gilt den Commons, wie sie überhaupt Verfechter der Kooperation sind. Die sie als Gegenstück zum Wettbewerb sehen, den sie verdammten. Aus freiwirtschaftlicher Sicht ist das allerdings ein großes Missverständnis.

Es wäre keine ehrliche Erinnerung, wenn man Maris' Schwächen verschweigen würde. Maris war kein politischer Revolutionär in seinen Vorschlägen. Er setzt nicht an grundlegenden Strukturen an. »Sein Programm, wenn man wagt, es so zu nennen, sind paradoxerweise Verhaltensratschläge für jeden einzelnen: moralischen Anstand beweisen, das Geld verachten, den Tod akzeptieren

und versuchen, die Menschen glücklicher zu machen, statt einfach nur älter.« (Christian Chavagneux)

Einige wenige Kommentatoren des Attentats vom 7. Januar haben den Zusammenhang beschrieben zwischen »einer zerstörerischen neoliberalen Politik der Ausgrenzung, Ausbeutung und Vernichtung fundamentaler Lebensgrundlagen und sozialer Sicherungssysteme weltweit« (Attac) und den Morden in Paris und sehen, dass es unsere Politik und unser Lebensstil sind, die geändert werden müssen, um dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Es ist eine bizarre Tragik, dass mit Maris jemand dem Terror zum Opfer fiel, der sich dieser zerstörerischen Politik entgegenstellte und sich stattdessen für »eine Wirtschaft des Teilens mit sinnvoller Arbeit, kulturellen Gemeingütern und sozialer Solidarität« (Mario Pianta) einsetzte. ■



Walter Hanschitz-Jandl, Jg. 1956, im Umweltschutz aktiv, befasst sich seit über 30 Jahren mit Fragen der Geld- und Bodenreform.

Umverteilungsrechner online

In *Fairconomy* 3/2010 fragte Helmut Creutz »Wie groß ist die Umverteilung durch den Zins?« – und beantwortete die Frage detailliert mit zahlreichen Tabellen und Grafiken. Für mich war die *Freiwirtschaft* damals noch neu, gerade erst hatte ich die *Natürliche Wirtschaftsordnung* von Silvio Gesell gelesen, und der *Fairconomy*-Artikel motivierte mich, einen dazu passenden »Umverteilungsrechner« zu programmieren. Ich wollte damit Creutz' Rechnungen im Detail nachvollziehen und es außerdem anderen erleichtern, dies ebenfalls zu tun. Creutz betont, dass es sich beim Ermitteln der Zinsumverteilung »letztlich immer nur um Annäherungsrechnungen handeln kann«, aber das stellt für mich keine bedeutende Einschränkung dar, denn es geht schließlich um das *Prinzip* und kommt damit nicht auf ein paar Prozentpunkte mehr oder weniger an.

ist eigentlich schon unglaublich, aber es ist ganz einfache Mathematik, mit der man sie bestimmen kann. Wirklich bedrückend wird die Analyse, wenn man nachvollzieht, wer die Zinsen zahlt und wer sie bekommt. Wer Empfänger dieses süßen Stroms ist, erschließt sich leicht durch einen Blick auf die Vermögensverteilung in Deutschland: Etwa 70% allen Vermögens gehören den reichsten 10% der Haushalte und die ärmere Hälfte der Haushalte besitzt kein nennenswertes Vermögen. *Fairconomy*-Leser wissen natürlich, dass wir davon ausgehen, dass jeder Konsument bei seinen Einkäufen einen Zinsanteil mitzahlt: Die Zinslast verteilt sich also auf alle Haushalte.

In seinem dem Umverteilungsrechner zugrundeliegenden Artikel hat Creutz insgesamt sieben Tabellen verwendet, jeweils mit den zehn Haushaltgruppen (ärmste bis reichste), um detailliert die Vermögen, die Zins-einnahmen, die Haushaltseinkommen, die Ersparnisse, die Haushaltsausgaben, die Zinslasten pro Haushalt und schließlich die Differenz aus Zins-einnahmen und -ausgaben darzustellen. Im Umverteilungsrechner habe ich zur besseren Übersicht die drei Zinsgrößen in einer Tabelle zusammengefasst, doch die langen Zahlenreihen wirken immer noch auf manchen Betrachter abschreckend. Wenn man sich aber darauf einlässt, kann man ziemlich genau verstehen, wie die Umverteilung durch Zinsen (was gemäß der Ermittlung über das Bruttoanlagevermögen Mieten, Dividenden usw. einschließt) funktioniert. Das große Plus des Rechners gegenüber dem Artikel: Man kann alle Zahlen, mit denen gerechnet wird, über einfache Eingabefelder anpassen und bekommt auf einen Mausklick eine anschauliche grafische Darstellung.

In diesem Ausschnitt des Umverteilungsrechners sieht man die Umverteilungstabelle und den Graphen zu den voreingestellten Zahlen, welche aus dem Artikel von Helmut Creutz übernommen sind. Noch im Ausschnitt zu sehen sind die Eingabefelder für Zinssatz »normal« und Zinssatz »reich«. Hält man den Mauszeiger über diese Eingabefelder, sieht man Hinweis-Fensterchen die darüber aufklären, dass es sich um die Zinssätze für die »unteren« neun Haushaltgruppen auf der einen und die reichste Haushaltgruppe auf der anderen Seite handelt. Diese Unterscheidung hatte Creutz vorgeschlagen, da reicheren Individuen die lukrativeren Anlagemöglichkeiten zur Verfügung stehen. Man kann den Zinsanteil in den Haushaltsausgaben festlegen, z.B. auf 30%, wie wir das auf den INWO-Bierdeckeln angeben, aber interessanter ist eigentlich, ihn durch das Programm automatisch berechnen zu lassen: Er ergibt sich einfach aus Zins-einnahmen / Haushaltsausgaben, wobei die Zins-einnahmen wiederum aus den Vermögen $\times$ den Zinssätzen berechnet werden.

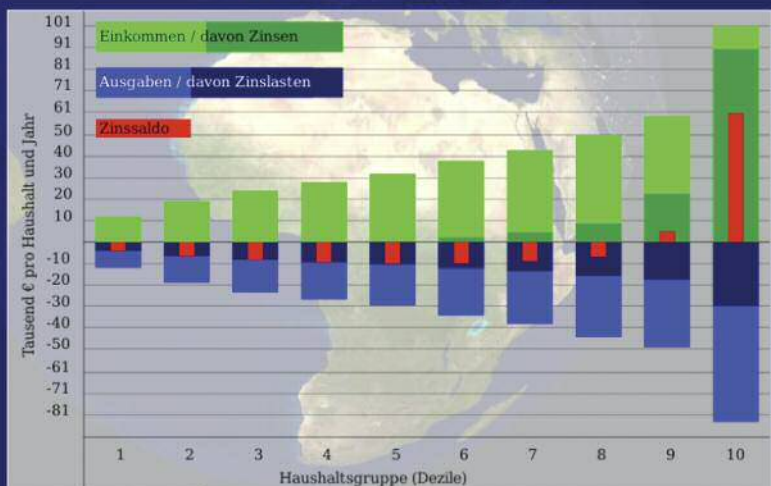
Hier kann man jetzt rechnerisch überprüfen, dass es für die Umverteilung egal ist, ob die Zinssätze oder ob die Vermögen halbiert werden: In beiden Fällen sinkt der Zinsanteil in den Ausgaben von 36% auf 22% – was für einen »mittleren« Haushalt (Gruppe 6) mit jährlichen Ausgaben von 33.000 € und einem zinsbringenden Ver-

Zinsumverteilung:

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Zinslasten (in Tsd. € / Hh.)	4.3	6.8	8.5	9.6	10.7	12.3	13.7	15.9	17.6	30.1
Zinsen (in Tsd. € / Hh.)	0	0	0	0.1	0.5	2.3	4.8	8.9	22.7	90.4
Zinssaldo (in Tsd. € / Hh.)	-4.3	-6.8	-8.5	-9.5	-10.2	-10	-8.9	-7	5	60.2
in Mrd € je Gruppe	-36.8	-58.4	-72.2	-80.2	-87.7	-88.1	-73.9	-58.7	19.2	228.9

Einstellungen:

Anwenden: Zinssatz „normal“: 3.8 % Zinssatz „reich“: 4.6 %
 Zinsanteil: 35.802% ☒ automatisch neu berechnen
 Gruppensummen anzeigen: ☒ Haushalte pro Gruppe (in Mill.): 3.8



Die Grundidee bei der Umverteilungsberechnung ist, dass die Besitzer des *Bruttoanlagevermögens*, da es sich um Geldanlagen handelt, zwangsläufig einen Zins zumindest in Höhe einer einfachen Bankeinlage verlangen bzw. einkalkulieren. Helmut Creutz nahm für seine Berechnung für Deutschland ein Bruttoanlagevermögen von 11.400 Mrd € an. Die Geldvermögen von immerhin knapp 8.000 Mrd € (lt. Bundesbank) sind dagegen nicht entscheidend, da sie nur eine Untermenge des Bruttoanlagevermögens bilden. Für die Zinsen gilt die Annahme, dass das gesamte Bruttoanlagevermögen zu mindestens dem gleichen Satz verzinst wird wie die Bankvermögen (2007: 4,2 %) – womit man auf Zinszahlungen von stattlichen 479 Mrd € kommt. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt, alle jährlichen Ausgaben der Bundesregierung für Arbeit und Soziales, Militär, Bundesschuld usw. beträgt »nur« ca. 300 Mrd €. Die schiere Größe der Zinsströme

mögen von 30.000 € eine jährliche Ersparnis von immerhin 3.900 € bedeutete: Den verringerten Zinseinnahmen stehen deutlich stärker verringerte Zinslasten gegenüber.

Man sieht am Umverteilungsgraph durch die roten Balken, die die Zinsumverteilung anzeigen, deutlich, wer von hohen Zinssätzen profitiert, nämlich die reichsten Haushalte, und wer die höchsten Zinslasten trägt: *Relativ* sind das die ärmsten Haushalte, da sie typischerweise ihr ganzes Einkommen ausgeben und daher den vollen Zinsanteil zahlen müssen. *Absolut* zahlen die mittleren Haushalte am meisten in die Zinsumverteilung, denn ihre Ausgaben sind höher und ihre Vermögen nicht hoch genug, um nennenswerte Zinsgewinne zu erzielen.

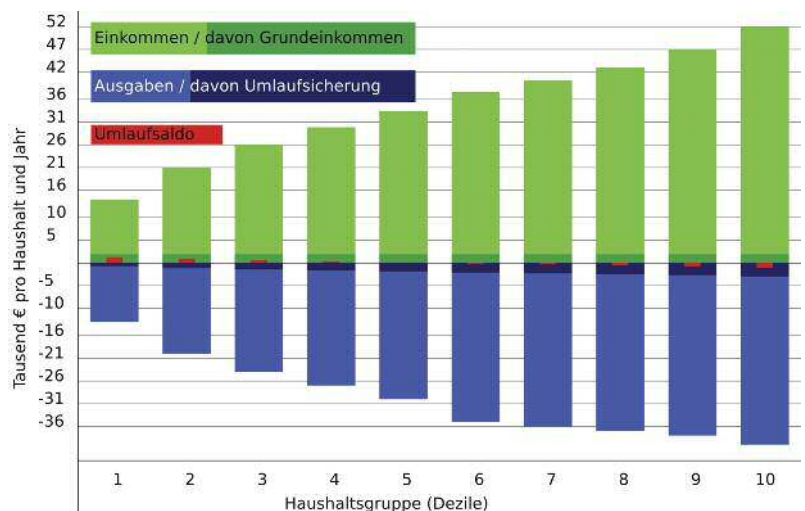
Aktuell haben wir niedrige Bankzinsen, deutlich niedriger als im Artikel angenommen, aber das Prinzip bleibt gültig. Gleichzeitig steigen *wegen* der niedrigen Zinsen die Vermögen: Grundstücke werden teurer bis unverkäuflich und der DAX erreicht einen neuen Höchststand nach dem anderen. Letztlich funktioniert unser ganzes Banken- und Finanzsystem nicht ohne Zinsen, denn solange die Inflation niedrig ist, bleibt jeder Geldbesitzer lieber liquide, als sein Geld längerfristig ohne »Belohnung« auszuleihen.

Die eleganteste Lösung, aus diesem Dilemma zu entkommen, ist die Freiwirtschaft, wo nicht vermehrbare Ressourcen (vor allem der Boden) kein Privatkapital mehr sind und wo Geld wegen der Haltegebühr gerne ohne Zinsen, außer einer Vermittlergebühr und einem Risikoaufschlag, verliehen wird. Letztlich spielen solcherart »entkapitalisierte« Vermögen für die Einkommen der Haushalte keine Rolle mehr. Als »Umverteilungsinstrument« gäbe es in der Freiwirtschaft statt der Zinsen die Geldhalte-/Umlaufsicherungsgebühr, und die wirkt interessanterweise genau entge-

engesetzt zum Zins, wie mein Freigeld-Umverteilungs-Rechner visualisiert: Die mittleren Haushaltsgruppen kommen auf +/- 0, die reichsten Gruppen, mit hoher Liquidität, werden am stärksten belastet und die ärmsten Haushalte dürften aus der gleichmäßigen Rückverteilung der Umlaufsicherungsgebühr unter dem Strich ein leichtes Plus stehen haben. Beim Erstellen der Freigeld-Umverteilung musste ich mehr spekulieren, vor allem was den voreingestellten Anteil der liquiden Mittel (vom Jahreseinkommen) angeht, aber sehr deutlich wird, dass selbst bei hoher Liquidität (50% des Jahreseinkommens) und hoher Umlaufsicherungsgebühr (12%) der Umverteilungseffekt mit höchstens etwa 1.200 € pro Haushaltsgruppe (pro Jahr) deutlich geringer ist, als die Umverteilung durch den Zins – und gleichzeitig in die »richtige« Richtung geht, zumindest im Sinne eines Sozialstaates.

Vlado Plaga

Der Umverteilungsrechner findet sich im Internet unter:
www.inwo.de/analyse/umverteilung/



In Wuppertal entsteht ein Lernort

Schon das letztjährige Sommercamp der Silvio-Gesell-Tagungsstätte verfolgte ein besonderes Lernmodell: Die Kombination aus Arbeit, Wissensvermittlung und Geselligkeit verhalf ihm zu seinem Erfolg. Der Wunsch wurde laut nach einem »Sommercamp das ganze Jahr«.

Nun soll dort ein neuartiger Lernort entstehen. »Durch Prozessorientiertes Lernen lernen wir nicht mehr für ein späteres Leben, sondern wir leben, was wir lernen«, sagt Mitinitiator Holger Kreft.

Freitag, 20. März 2015 von 18.30-21.00 Uhr

Informationsabend

Öffentliche Veranstaltung mit einem Impulsreferat eines Mannes, der andernorts einen »selbstorganisierenden Lernort« mitgestaltet und erlebt. Vorstellung des Wuppertaler Projektes durch das derzeitige Planungsteam. Möglichkeit des Austausches und Vernetzung mit den Gästen.

Freitag, 10. April bis Sonntag, 12. April 2015

»Open Space«-Veranstaltung für aktive Mitwirkende

Anmeldung erforderlich. Nähere Informationen dazu auf der Webseite des Lernorts.

13. Juli bis 26. Juli 2015

Sommercamp

mit umfangreichem inhaltlichen Angebot und Raum für weitere Projektierung

Ort: Silvio-Gesell-Tagungsstätte Wuppertal, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Kontakt u. Informationen: Holger Kreft, werkstatt@bzz-kreft.de, Tel.: 0234-330001 und Andreas Bangemann, Tel.: 02053-423766

Weiterführende Informationen im Internet:
<http://lernort-wuppertal.blogspot.de>

Bitte vormerken!

Die diesjährige Mitgliederversammlung der INWO Deutschland findet während des Sommercamps am Samstag, den 18. Juli 2015 in Wuppertal statt.

Wer rettet wen?

Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit

Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten. Es wird gerettet, nur keine Rettung ist in Sicht. Der Film zeigt, wer dabei wirklich gerettet wird: Nie ging es um die Rettung der Griechen, nie um die der Spanier oder Portugiesen. Stets geht es nur um das Wohl der Hauptverdiener an diesen Krisen: den dort mit hochriskanten Spekulationen engagierten Banken. Uns Steuerzahlern und sozial Benachteiligten hingegen werden bis heute alle milliarden schweren Risiken zugemutet! Für große Banken ist die Finanzkrise dagegen vor allem ein Geschäftsmodell!

ten« steht. Doch die Schicksale dahinter kennen wir nicht.

Im Film ist zu sehen, dass es glücklicherweise viele Menschen gibt, die sich zusammentun. Sie wollen nicht einfach aufgeben. In Spanien wurden beispielsweise an einem Tag über 500 Reinigungsfrauen aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Diese Frauen wehren sich gemeinsam und versammeln sich vor öffentlichen Gebäuden. Doch die Polizei tritt mit Gewalt auf, die Frauen müssen flüchten und werden durch Schläge der Polizei verletzt. In einem Jahr wurden in Spanien rund 400'000 Arbeitsplätze gestrichen.

Die Banken dagegen »dürfen nicht« untergehen. Ihre Geschäfte werden mit sogenannten »Swaps« versichert, während die Kunden Bankrott gehen resp. lebenslanglich Schuldner der Banken bleiben.

Die ganzen Euro-Rettungspakete erhöhen die Schulden der Staaten und sind demzufolge keine »Rettung«. Die Rechnung geht so: Schuld 100 + Rettung 100 = neue Schuld 200, und diese muss inklusive Zins aus Steuergeldern der Bevölkerung abbezahlt werden.

Island wollte seinerzeit keine solche »Rettung«. Dank der sogenannten »Pfannenrevolution« wurde ein anderes Modell gewählt. Trotz eisiger Kälte und Regen gingen die Menschen für ihre Rechte auf die Strasse und machten Lärm mit Töpfen und Pfannen. Sie wollten nicht einfach hinnehmen, was ihnen aufgezwungen werden sollte. Darauf musste neu gewählt werden. Die neue Regierung veranlasste, dass das Geld ihrer Bürger und kleiner inländischer Betriebe auf eine isländische Bank übertragen wurde. Anschliessend wurden die ausländischen Banken in den Bankrott geschickt. Die isländische Bevölkerung musste eine gewisse Zeit viele Einschränkungen hinnehmen, doch heute geht es Island wirtschaftlich immer besser. Während der Krisenzeit wurden die Schulen, die sozialen Einrichtungen, die Gesundheitsversorgung und die Kultur ohne finanzielle Kürzungen beibehalten. Dafür wurden hohe Einkommen und Vermögen massiv höher besteuert.

Anschliessend an den Film gab es noch eine kurze Podiumsdiskussion, die von Thomas Gröbly moderiert wurde. Marco Curti kam als Vertreter der Banken und Christoph Pfluger als Finanzmarktkritiker. Curti fragte, ob es illegitim sei, wenn Staaten Banken retten, wenn ohne Rettung am Schluss kein Geld mehr für die Kunden da wäre. Das wäre aus seiner Sicht der GAU. Er machte auch darauf aufmerksam, dass schon vor Beginn der »Rettung« die Länder hohe Schulden hatten. Es wären unvernünftige Kredite vergeben worden, im Wissen, dass sie nicht zurückgezahlt werden können.

Pfluger wies u.a. darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt in Griechenland stark gesunken ist. Wenn alle »sparen« resp. kein Geld mehr haben, kann eine Wirtschaft nicht mehr wachsen. Curti räumte ein, dass ein grosser Schuldenbetrag ohne Wirtschaftswachstum »töd-



Eine internationale Koproduktion der Kernfilm von Leslie Franke und Hordolor Lorenz, 2015, 104 Minuten

Hier kann der Film als DVD oder Download erworben werden – vorerst nur für öffentliche Vorführungen, ab dem 11. August auch für den Privatgebrauch: <http://whos-saving-whom.org>

Eindrücke von der Filmpremiere

Am Mittwoch, den 11. Februar fand die europaweite Filmpremiere des Films »Wer rettet wen?« statt ... auch in Zürich, im Kino RiffRaff. Es kamen 140 Besucherinnen und Besucher.

Mir hat dieser Film Eindruck gemacht, ich fand ihn sehr informativ. Die Filmcrew war bei den Direktbetroffenen vor Ort. In Griechenland herrschte zum Drehzeitpunkt eine Arbeitslosigkeit von 60 Prozent. Jugendliche erzählen, dass sie einen Tag lang für 15 Euro Lohn arbeiten.

Eine junge Frau fragt sich, wie sie eine Arbeitsstelle bekommen kann, wenn ein Jahr Arbeitserfahrung gefordert wird. In Spanien filmte die Crew, wie Menschen aus ihren Wohnungen »geworfen« werden und die Polizei anschliessend alles zusperrt und bewacht: Kein Zutritt mehr!

Die Staaten sparen vor allem im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich sowie in der Kultur. Daher arbeiten Zahnärzte und Ärzte, die eigentlich eigene Praxen haben, freiwillig und unentgeltlich einen Tag pro Woche in einem Gemeinschaftszentrum, wo sich Menschen einfinden, die keine Krankenkassenprämien mehr bezahlen können, ja, die eigentlich überhaupt nichts mehr bezahlen können. Medikamente gibt es nur noch, weil Spender diese an die Apotheke liefern. Es herrscht grosses Chaos.

Ich fühle die Verzweiflung der Menschen regelrecht mit und denke: Wenn wir als Touristen durch Griechenland oder Spanien reisen, nehmen wir nur einen sehr kleinen Teil dieses Elendes wahr. Wir sehen viele geschlossene Geschäfte und Schilder, auf denen »Zu vermie-

lich« sei. Die Emotionen im Publikum nahmen eine kurze Zeit überhand.

Christoph Pfluger brachte dann ermutigende Beispiele, wie man dieser Politik etwas entgegensetzen könnte: Zum Beispiel wie in Irland 1970, als die Menschen untereinander mit Schecks handelten. Oder wie in Argentinien 2001/2002. Dort wurde die Krise durch alternative Währungen (Tauschringe) entschärft. Im Film wurde Island gezeigt. Auch dort halfen das Miteinander und das gegenseitige Vertrauen.

Wir in der Schweiz sind momentan noch in einer guten Lage. Doch unser Geldsystem ist aufgeblasen, wir müssen Vorsicht walten lassen. Banken bringen 85%

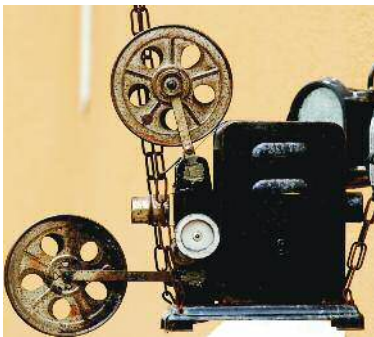
unseres Geldes als Kreditschulden in Umlauf, das kann im Crash enden.

Eine Frau aus dem Publikum wünschte sich wieder das Trennbankensystem, das bei uns 1999 abgeschafft wurde. Mein persönliches Fazit: Wir sollten so viel wie möglich Unterschriften für die Vollgeld-Initiative sammeln, dann wird dies in unserem Bundeshaus zum Thema. Würde die Vollgeldinitiative umgesetzt, ähnelte dies dem Trennbankensystem. Die Spekulanten müssten auf eigenes Risiko spekulieren und die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr für deren Risiken aufkommen.

Monica Gassner-Rusconi



SCHWEIZ



Filmabende organisieren

Möchten Sie in Ihrer Gemeinde, im Verein oder mit Ihren Freunden einmal einen Themenabend mit Filmvorführung und anschliessender Diskussion durchführen?

Die DVD »Wer rettet wen?« kann ab 11. August 2015 im kleinen Rahmen auch privat gezeigt werden. Wir von der INWO Schweiz stehen gerne als Moderatoren zur Verfügung oder können Ihnen Fachleute vermitteln, die zu Ihrem Anlass kommen.

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf:
Tel. 056 426 60 90 oder buero@inwo.ch

Vollgeld-Initiative – Helft alle mit!

Die Unterschriftensammlung zur Vollgeld-Initiative ist auch in den kalten Wintermonaten in vollem Gange. Bis zum Redaktionsschluss sind etwa 40'000 Unterschriften eingereicht worden. Allerdings ist auch bald die Hälfte der Sammelzeit verstrichen. Der Vorstand der INWO Schweiz ist ebenfalls aktiv bei der Unterschriftensammlung mit dabei. An dieser Stelle möchte ich Euch über meine persönlichen Erfahrungen informieren und denjenigen, die noch nicht aktiv gesammelt haben, ein paar Tipps geben.

Als im Juni des vergangenen Jahres der Startschuss zur Unterschriftensammlung fiel, konnte ich es mir kaum vorstellen, auf der Strasse sammeln zu gehen. Als jedoch das grosse Friedenssingen des Vereins Stimmvolk Schweiz stattfand und ich dort auch organisatorisch mitwirkte, war es angebracht, die Hemmungen endlich fallen zu lassen und die Besucher des Anlasses auch aktiv auf die Initiative aufmerksam zu machen. Schliesslich ist Stimmvolk auch ein Vernetzungspartner der INWO. Nach und nach traute ich mich dann auch vermehrt auf die Strasse, um Unterschriften zu sammeln.

Nach ein paar Monaten und einem guten Dutzend Einsätzen auf der Strasse habe ich auch Erfahrungen im Bereich Kommunikation und Strategie aneignen können. Für einen

erfolgreichen Sammelanlass ist primär der Ort entscheidend, an dem gesammelt wird, und dann sekundär, wie man die Leute auf das Anliegen aufmerksam macht. Die geeigneten Sammelorte befinden sich dort, wo die Leute sich Zeit nehmen oder wo sie selber politisch aktiv werden. Dies sind: Demonstrationen, Stadtpärke, Märkte (teilweise) und Abstimmungs- und Wahlwochenenden. Auf die Frage, wie man die Leute möglichst gut auf das Thema Vollgeld aufmerksam macht, kann Folgendes kurz zusammengefasst werden. Ideale Einstiegssätze sind: »Kennen Sie bereits die Vollgeld-Initiative?« oder »Würden Sie mir auch eine Unterschrift zur Vollgeld-Initiative geben?« Es ist beinahe unerlässlich, sich eine feste Unterlage (ideal ist ein Unterschriftenbrett) anzuschaffen, damit die Leute auf der Strasse mühelos unterschreiben können. Zudem empfiehlt es sich, die Grafik aus der Informationsbroschüre auf die Rückseite des Bretts zu kleben. Die Leute können so besser mitverfolgen, worüber gesprochen wird. Anstatt nur mit den Ohren zu hören, können die Zuhörer das Gesagte zusätzlich auch mit den Augen mitverfolgen.



Daniel Lévy und Roland Stebler bei der Unterschriftensammlung im Bahnhof Bern

Die Informationen werden schneller aufgenommen.

Für alle, die nicht allein sammeln gehen wollen, bietet sich der Online-Sammelkalender an, welcher geplante Anlässe nach Regionen gegliedert auflistet. Der Vorstand hofft sehr, dass sich noch weitere Vereinsmitglieder zur Unterschriftensammlung motivieren lassen. Denjenigen, welche schon länger mit dabei sind, wünsche ich weiterhin viel Spass und Erfolg!

Roland Stebler

Der Sammelkalender findet sich auf der Homepage unter »Kampagne«:
www.vollgeld-initiative.ch

Michael Maier: Die Plünderung der Welt. Wie die Finanz-Eliten unsere Enteignung planen. FinanzBuch Verlag, München 2014, 284 S., 19.99 €, ISBN 978-3-89879-853-2

Michael Maier, einst Chefredakteur der Kärntner Kirchenzeitung, hat sich nach der Wiener Presse, der Berliner Zeitung und einem kurzen Intermezzo beim Stern ab 2000 den Online-Medien zugewandt: erst der Netzeitung, dann der BF Blogform Social Media GmbH, die mehrere Plattformen betreibt, u.a. die Readers-Edition für Bürger-Journalismus. Seit 2012 ist er Herausgeber der Deutschen Wirtschafts Nachrichten, die durch provokante, von manchen als »unseriös« bezeichnete Berichterstattung auffallen, aber inzwischen zu den Top-Nachrichtenseiten in den sozialen Netzwerken zählen.

Maiers Buch steht aktuell immer noch auf Platz 16 der Wirtschaftsbestseller des managern magazins. Der Autor findet also Gehör. »Noch nie in der Geschichte der Menschheit

gab es eine derart gewaltige Umverteilung – von der Mehrheit der hart arbeitenden Menschen zu einer ganz kleinen Finanz-Elite«, heißt es im Klappentext. Diese Elite besteht aus 0,123 Prozent der Eigentümer internationaler Konzerne, die 80 Prozent des Werts dieser 43.000 Konzerne kontrollieren – so hat es ein Schweizer Physiker namens James Glattfelder

berechnet. Weil sie »Eigentümer« sind, können diese 147 Player Macht über einen Großteil der Menschheit ausüben. Angetrieben wurde diese Entwicklung durch ein Schuldengeldsystem, auf dem die »Hyperglobalisierung« basiert. Die internationalen Institutionen, allen voran der IWF, haben das forciert: »Gutes« Geld, hinter dem Sicherheiten stehen, floss aus den Staaten heraus auf die Konten der 0,123 Prozent, schlechtes Geld (Schulden) zerstörte die Staaten. (S. 104) Maier konstatiert, dass dieses System nunmehr einen kritischen Punkt erreicht hat: »Jeder Kredit muss bedient werden. Irgendwann wird er fällig. Und wenn man nicht mehr zahlen kann, wird die Lage unangenehm – für Gläubiger und Schuldner. Der Verteilungskampf beginnt. Genau an diesem Punkt stehen wir heute.« (S. 29) Begriffe wie »Bail-out« und »Rettungsschirm« signalisierten, »dass das Falschgeldsystem seine Grenzen erreicht hat, weil nicht mehr ausreichend

Werte vorhanden sind, um das Falschgeld einzulösen.« Maier unterstreicht dabei, dass die Wirtschaftskraft unter dem Schuldendienst gelitten hat. Die Wirtschaft stagniert, aber die Schulden wachsen immer noch! Weltweit seien die Schulden von 2000 bis 2005 etwa genauso gewachsen wie von 1950 bis 2000. »Eine solche Entwicklung nennt man exponentielles Wachstum.« (S. 214)

Nun merkt man, dass das Geld aufgeblasen wurde, und Geldvermögen sich als uneinlösbares Versprechen entpuppen. Jetzt wird nur noch um reale Werte gekämpft. Denn die Gretchenfrage laute: »Wie hältst Du es mit dem Eigentum?« Das bekam auch Joseph Stiglitz zu spüren, als er beim IWF eine Landreform vorschlug. (S. 107)

Ganz im Sinne des aktuellen Films »Wer rettet wen?« sagt Maier, dass alle Sparprogramme, Steuererhöhungen und sonstigen Maßnahmen nur ein »globales Inkasso- und Umverteilungssystem zum Eintreiben der Schulden« sind. Der Staat werde dabei zum Gegenspieler der Bürger. Und die Politiker ließen dies zu: »Wer einmal versucht hat, mit einem der vielen Berufspolitiker über die Folgen von Zentralbankentscheidungen zu diskutieren, weiß: Die Unwissenheit wird nur noch durch den Unwillen übertroffen, sich sachkundig zu machen. So fällen komplett Ahnungslose, die auf die Einflüsterungen jener angewiesen sind, die der Staat eigentlich zu kontrollieren hätte, gesellschaftliche Entscheidungen mit weitreichenden Folgen.« Dagegen setzt Maier auf direktdemokratische Mitwirkung der Bevölkerung.

Schon zu Anfang rät er den Bürgern, sich mit allen Mitteln zu wehren: »Radikales demokratisches Engagement, ziviler Widerstand, intensive Unterstützung von echten Whistleblowern, finanzielle Solidarität der Widerstandsgruppen. Konsumverweigerung, Ausstieg aus dem Schulden- und Geldsystem, Tauschgeschäfte, Bankruns, Proteste auf den Straßen, Einsatz des Internets als Kommunikationsmedium, Aufbau von Hightech-Know-how durch Zusammenarbeit mit Softwareentwicklern, Peer-to-Peer-Aktionen – also alles in allem eine massive, unbeugsame und mutig-zornige, gewaltfreie Revolution. Nur so kann die Plünderung gestoppt werden.« (S. 32)

Aber er weiß auch, dass wir außerdem eine Alternative brauchen, eine andere Weltwirtschaftsordnung. Dabei muss der »Grundfehler im System« behoben werden – und den sieht Maier in der »Flutung der Erde mit wertlosem Papiergeld«. (S. 33)

Maier preist das »Free banking« im Schottland des 19. Jahrhunderts, wo die Eigentümer der Banken voll hafteten, und sympa-

thisiert mit den heutigen Gegenbewegungen zum »staatlich verordneten Zwangsgeld«. (S. 109) Sollten doch weiterhin Notenbanken betrieben werden, dann nur nach dem Vorbild der alten Bundesbank, ausschließlich der Preisstabilität verpflichtet. – Müsste Maier sich nicht fragen, warum auch die Bundesbank eine ständig steigende Staatsverschuldung nicht verhindert hat? So ganz hat Maier offenbar noch nicht zu Ende gedacht, wenn er die heutige Null-Zins-Politik pauschal als Mittel, das »die Sparer um ihre Ersparnisse bringt«, kritisiert (S. 177). Verkennt er doch dabei, dass höhere Zinsen nicht mehr realisierbar sind und bei steigenden Zinsen alles noch viel schlimmer wäre.

Gerhardus Lang: Dr. Langs Kleine Volkswirtschaftslehre für Jedermann. Books on Demand, Norderstedt 2014. 176 S., Taschenbuch 14.90 €, ISBN 978-3-7357-7778-2, Kindle-Edition 6.49 €

Geld und Wirtschaft, dieses Thema schreckt viele Mitmenschen ab. In der Volkswirtschaftslehre scheint sich alles um Zahlen und komplizierte Berechnungen zu drehen. Doch sie betrifft uns alle – Tag für Tag. Darum hat Gerhardus Lang ein Büchlein verfasst, in dem die VWL verständlich und lebensnah erklärt wird. »Der Leser dieses Buches wird keinem Politiker oder Wirtschaftsjournalist glauben, der ihm mit der Begründung »Das ist alternativlos!« ein »X« für ein »U« vormachen will: Er weiß darüber Bescheid, dass es sinnvolle Alternativen zum heutigen Geld- und Wirtschaftssystem gibt.«

Unter gleichnamigen Überschriften erläutert Lang kurz seine Sicht auf Produkt und Produktion, Preis und Wert, Heutiges Geld, Geldmarkt, Finanzmarkt, Aktien, Staatsanleihen, Boden und Bodenschätze usw. Bei Titeln wie »Eigentum und Besitz an Geld«, »Umlaufgeschwindigkeit des Geldes«, »Geld-Hortung, Geldstreik«, »Demurrage« oder »Bodenreform« wird aber schon deutlich, dass Lang das alles auf dem Hintergrund vor allem freiwirtschaftlicher Ideen geschrieben hat, die er im »Seminar für freiheitliche Ordnung Bad Boll e.V.« kennengelernt und diskutiert hat.

Das Büchlein ermöglicht einen guten Einstieg in diese vom ökonomischen Mainstream abweichende Sicht.

Beate Bocking





Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



Fritz Schwarz:

Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise

Das Experiment von Wörgl war ein praktischer Versuch, die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell umzusetzen. Er wurde nach eineinhalb Jahren von staatlicher Seite verboten. In der Zwischenzeit jedoch (1932/33) erlebte die Gemeinde Wörgl in Österreich mit ihrem Freigeldversuch einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Weltwirtschaftskrise.

Kartonierte, 92 S. m. Abb., 5. Aufl. Synergia Verlag 2011, 10.01 €, Art.Nr. K9



Dirk Löhr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn

Ökonomische Renten sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Die »Ersünde« ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten.

198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform



Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3



Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5



Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3



Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9



Edwin Kreitz: Die Zwickmühle – Warum wir drin sitzen und wie wir wieder rauskommen, 126 S., Mebikus Verlag 2014, 10.00 €, Art.Nr. K11



Dirk Löhr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5



Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6



Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7



Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9



Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9



Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.inwo.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!



INITIATIVE
FÜR
NATÜRLICHE
WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg/F.
Tel.: 06623 91 96 01
Fax: 06623 91 96 02
E-Mail: INWO@INWO.de

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname _____		Name _____	
Straße _____		Postleitzahl _____	Ort _____
E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige Informationen)		Telefon (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)	
Ort, Datum _____		Unterschrift _____	

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang _____	Beruf/Tätigkeit _____
----------------------------------	-----------------------

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

- ☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE__ | ____ | ____ | ____ | ____ | __ BIC: _____ | ____

Name des Kreditinstituts: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vorstand: Vlado Plaga, Erich Lange - Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338

IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00 - BIC: GENODEM1 GLS

Kto.Nr. 6010 4514 00 - BLZ 4306 0967 - GLS Gemeinschaftsbank e.G.

■ **Do., 12. März 2015, 19.00 Uhr, Brauhaus Wichtel, Böblingen**

INWO-Regionalgruppe Stuttgart

Momentan wöchentlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen und Veranstaltungen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 19. März, 26. März, 2. April
Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/stuttgart/
Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ **Mi, 18. März 2015, Frankfurt** **Blockupy-Aktionstag zur EZB-Eröffnung**

Am 18. März werden in Frankfurt Tausende empörter Menschen aus ganz Europa gegen die katastrophale Verarmungspolitik der Troika protestieren. Mit der Blockade der Eröffnungsfeier des Neubaus der Europäischen Zentralbank, mit einer Kundgebung und der bunten Demo werden sie gleichzeitig Solidarität mit den Menschen in Griechenland zeigen.

Mehr Infos: www.attac.de/kampagnen/euro-krise-blockupy/blockupy/maerz-2015/

■ **Sa-So, 21.-22. März 2015, Reinhardswaldschule, Rothwestener Straße 2-14, Fuldatal-Simmershausen**

55. Mündener Gespräche (siehe unten)

Anmeldung bei: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, c/o Christopher Ranft, Am Römerweg 4, 84424 Isen, oder Fax an: 0431-679 36 51
Weitere Informationen unter: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Termine Deutschland

■ **Sa, 18. April 2015, weltweit**

Globaler Aktionstag gegen Handels- und Investitionsschutzabkommen

Bürgerinnen und Bürger, AktivistInnen, Gruppen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften etc. protestieren weltweit gegen die Gefahren der laufenden Handels- und Investitionsverhandlungen: TTIP, TPP, CETA, TISA, EPAs.

■ **Fr, 3. April 2015, 18.30-21.00 Uhr, Hindenburgstraße 16, 91126 Schwabach** **Lesertreff der Humanen Wirtschaft**

Monatliches Treffen zu Geld- und Bodenthemen
Ansprechpartnerin für Informationen:
Petra Bergermann, Tel. 09122-877375, Mobil: 0175-3810118

■ **Di., 14. April 2015, 19.00-21.30 Uhr, Raum V2, Auslandsgesellschaft, Steinstr. 48 (direkt hinter dem Hauptbahnhof), Dortmund** **INWO-Regionalgruppe Dortmund**

Normalerweise jeden ersten Dienstag im Monat (außer in den Schulferien) treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 5. Mai, 2. Juni und 18. Aug.
Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/dortmund/
Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Sa.-So., 18.-19. April 2015, Seminar für freiheitliche Ordnung, 73087 Bad Boll**

Wem gehört die Erde?

Themen: Zugang zum Boden, Formen der Entgeltlichkeit: Bodenrenten oder Bodenpreise, Reform der Bodenordnung mit Hilfe des Erbbaurechts und durch Besteuerung der Bodenrente, Verwendung der Nutzungsentgelte, Beitrag zur internationalen Friedensordnung

Informationen und Anmeldung:
Sffo, Tel. 07164-35 73, Fax: 07164-70 34, E-Mail: sffo@gmx.net, Internet: www.sffo.de

■ **Do-So, 4.-7. Juni 2015, Stuttgart** **Deutscher Evangelischer Kirchentag**

Alle zwei Jahre zieht der Kirchentag eine Stadt fünf Tage lang in seinen Bann. Über 100.000 Menschen jeden Alters, unterschiedlicher Religionen und Herkunft kommen zusammen, um ein Fest des Glaubens zu feiern und über die Fragen der Zeit nachzudenken und zu diskutieren.

Die INWO zeigt traditionell Präsenz auf dem »Markt der Möglichkeiten«

Mehr Infos: <http://www.kirchentag.de/>

■ **Sa, 18. Juli 2015, Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Wuppertal**

Mitgliederversammlung der INWO D

Mehr Infos bald auf www.INWO.de

55. Mündener Gespräche: »Negative Zinsen im wissenschaftlichen und interkulturellen Dialog«

EZB-Präsident Draghi kündigte kürzlich an, dass die EZB bis zum September 2016 Staats- und Unternehmensanleihen im Wert von 1,1 Billionen Euro kaufen werde. Angesichts von Inflationsraten weit unter der angestrebten Zielgröße will er damit die drohende Gefahr eines Umkippen in eine Deflation bannen. Die zur Verfügung gestellte Liquidität soll die Inflationsrate und die Inflationserwartungen nach oben bringen und dadurch nicht nur die Konjunktur in Europa stimulieren, sondern auch der EZB negative Leitzinsen ermöglichen.

Die Diskussion um Negativzinsen ist in der Fachwelt neu. Noch vor wenigen Jahren hätte man sie für absurd gehalten. Doch nun wird nicht nur gefordert, die Notenbanken müssten die Möglichkeit zu real negativen Leitzinsen erhalten, sondern es werden auch – vorerst auf die Einlagen der Geschäftsbanken bei den Notenbanken, inzwischen aber auch

auf große, liquide Guthaben von privaten Haltern bei Geschäftsbanken – negative Nominalzinsen tatsächlich erhoben.

Damit bewegt man sich in die Richtung dessen, was die Geldreformer seit über 100 Jahren fordern: eine spürbare Belastung der liquiden Mittel – und damit auf das Ziel zu, die kurzfristigen Zinsen deutlich in den Minusbereich zu drücken und den mittel- und langfristigen Zinsen die Möglichkeit zu geben, sich bei einem Gleichgewichtsniveau von durchschnittlich Null einzupendeln. Der große britische Ökonom John Maynard Keynes erwartete schon vor 80 Jahren einen »wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel«, bei dem die Renditen von Geld- und Realkapital einmal langfristig gegen Null gehen werden.

Solche Vorstellungen gehen bereits auf die Ursprünge der jüdisch-christlich-muslimischen Religionen zurück. Parallel zum Aufstieg des

modernen Kapitalismus wurden sie im Westen weitgehend verdrängt, während sie in der arabischen Welt in Gestalt des »Islamic Banking« noch präsent sind und auch praktiziert werden. Was also liegt näher in Zeiten, in denen der Westen und der islamische Kulturkreis in tragischer Weise auseinanderdriften, als eine Brücke zu bauen und die Mündener Gespräche für einen Dialog zu nutzen, der die Überlieferung der islamischen Zinskritik mit den geld- und zinskritischen Ansätzen im westlich-alternativökonomischen Denken verbindet?

Außerdem soll die Aufmerksamkeit noch auf ein ganz anderes Problemfeld gelenkt werden, nämlich – in Anknüpfung an die Behandlung des Landgrabblings bei den letzten Mündener Gesprächen – auf die Bioökonomie.

Mit Dirk Löhr, Thomas Huth, Max Danzmann, Abdelaali El Maghraoui, Hans-Günter Wagner u.a.

Visionär

»In der Tat sollten sich viele
Ideen und Ansichten von Fritz
Schwarz als visionär erweisen.«

Philipp M. Hildebrand, ehemaliger
Präsident der Schweizerischen
Nationalbank



Wenn die Wirtschaft sich längere Zeit günstig entwickeln soll, so ist eine wichtige Voraussetzung dafür ihre genügende Versorgung mit Geld. Wird diese Voraussetzung auch nur annähernd erfüllt, so blüht die Wirtschaft auf. Doch länger als 10 Jahre lässt sich bloß mit der Geldzufuhr allein die Wirtschaft nicht im Vollbetrieb erhalten. Das Geld läuft nicht so lange im ehrlichen Handel um, sondern es wird an der Börse in Umlauf gebracht und dem Warenaustausch entzogen, sobald der Zins gedrückt wird. Das haben die Vereinigten Staaten erfahren ... Hier sei umfassend und grundlegend ... nur das gesagt, dass es den Vereinigten Staaten nicht gelungen ist und auch nie gelingen wird, das heutige Geld dem Warenaustausch zu erhalten, sobald der Zinsfuß nicht mehr drei Prozent beträgt.

Das Geld fließt dann unweigerlich den Geschäftemachern (Maklern) am Wucheramt (Börse) zu, weil die andern Anlagen den Geldbesitzern zu wenig Zins bringen. Im Lande draußen fehlt dann die Nachfrage nach den Waren und wenn das Geld vermehrt wird, um diese Nachfrage zu schaffen, so geht das Geld neuerdings mehr denn je als Preistreibemittel in die Hände der Wucherer am Wucheramt. Will aber die Geldausgabestelle (das Federal Reserve Board) das Geld den Händen der Wucherspieler entreißen, so bringen sie das Land mit dem Geschrei in Unruhe, eine Krise sei im Anzug, und wenn alle ängstlich ihr Geld zurückhalten, um ja nichts zu verlieren, so muss die Geldausgabestelle sofort Geld in den Verkehr einfließen lassen, um die drohende Verminderung des Geldumlaufs, die Absatzstockung und Arbeitslosigkeit zu bannen und dieses Geld fließt über kurz oder lang wieder dahin, wo es am meisten gewinnt – an das Wucheramt (die Börse), oder es bleibt in den Banken liegen ...

Nur eine fortgesetzte Bestrafung des Geldstreiks ... könnte hier Wandel schaffen.

Fritz Schwarz 1931 in: Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, Band 2, Neuauflage Bern.

2010 und 2012 sind die beiden Bände im Synergia-Verlag, Darmstadt, neu aufgelegt worden.

